INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 347

12. Oktober 1995

Castor Alarm

Tag

FrauenLesben-Mobilisierung für den Tag X^2

An dem Tag, voraussichtlich Anfang November soll der zweite Castor-Transport nach Gorleben rollen. Wahrscheinlich wird es ein Doppeltransport sein. Die niedersächsische Regierung plant zwei Transporte kurz hintereinander zus chicken, um die Kosten für einen gigantischen Polizeieinsatz zu sparen.
Zum letzten Tag X Ende April 95 gab es lediglich eine gemischte Mobilisierung. Wir finden jedoch eine FrauenLesben-Mobilisierung wichtig, deshalb wollen wir diesmal eine Scheune bzw. Wiese für FrauenLesben organisieren. Die Idee entstand aus dem FrauenLesbenwiderstandscamp, das diesen Sommer zwei Monate im Wendland stattfand. Gearbeitet wurde dort u.a. auch zum Tag X.
Für uns steht der Widerstand gegen die Atompolitik zwar nicht im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit, dennoch finden wir es wichtig, daß sich FrauenLesben dazu verhalten. Uns geht es nicht darum allein gegen das AKW vor unserer Haustür zu kämpfen, sondern jegliche Nutzung radioaktiver Stoffe, egal ob für sog. zivile oder militärische Zwecke zu verhindern. Denn die Atompolitik der imperialistischen Industrienationen basiert auf rassistischen und kolonialistischen Ausbeutungsstrukturen: sei es, daß durch Uranabbau indigene Völker ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, sei es, daß die alten Kolonialmächte durch Atomtests bewußt den Strahlentod von Millionen von Menschen in Kauf nehmen.
So greift der Slogan "Stoppt Chirac" zu kurz, wenn die kolonialistische Politik der "Verwaltungsmacht" Frankreichs im Südpazifik nicht angegriffen wird, sondern nur die Atomtests auf dem Mururora-Atoll im Vordergrund stehen.

Es gibt keine friedliche Nutzung von Atomenergie und radioaktiven Stoffen !!!!!!!!!!!!!!

Castor Alarm

Tag

JETZT ERST RECHT

Wir stellen uns quer

berliner anti-atom plenum
jeden Dienstag 19.30 Uhr
Ökodorf, Kurfürstenstr. 14 (Schöneberg)

Doppelter Castor-Transport nach Gorleben geplant

Betreiber, Polizei und Widerstand bereiten sich auf Anfang November vor. Bundesweiter dezentraler Aktionstag 28. Oktober.

Noch am "Tag X", dem 25. April 1995, als der erste Castor-Transport nach Gorleben von einer riesigen Polizeiarmee durchgesetzt wurde, verkündete Bundesumweltministerin Merkel, daß dieses Jahr fünf weitere Atommüll-Behälter ins Wendland rollen sollen. Seither ist fast ein halbes Jahr vergangen und noch immer steht der Castor aus Philippsburg alleine in der Gorlebener Halle. Da der wendländische Widerstand sich nach dem "Tag X" ungebrochen zeigt und sich munter auf den nächsten Transport vorbereitet ("Jetzt erst recht"), ist man/frau in Bonn und bei der Atomindustrie zurückhaltender geworden. Jetzt wären die AtomikerInnen schon froh, wenn es dieses Jahr gelänge, noch zwei Behälter nach Lüchow-Dannenberg zu schaffen.

Biblis-Transport ist out

Die Planungen für einen Transport aus Biblis wurden inzwischen ganz eingestellt. Jetzt stehen aktuell nur noch das bayerische AKW Gundremmingen (bei Augsburg) und die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague als Absender bereit. In beiden Standorten wird zur Zeit fieberhaft an den Vorbereitungen gearbeitet. Allerdings sind diverse Schwierigkeiten an den Transportbehältern aufgetaucht. So wurde bekannt, daß der Gundremmingen-Castor zwischen 1982 und 1984 schon einmal im AKW Würgassen mit hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen beladen worden war, um in einem "Langzeitexperiment" nachzuweisen, daß der Behälter dichthält. Dieser Castor ist also bereits kontaminiert und weist Beschädigungen im Dichtungsbereich auf, die aufwendig repariert werden müssen. Es gibt sogar den Verdacht, daß es bei der geplanten Einlagerung in Gorleben mehr um die Entsorgung des Behälters als um die Lagerung von Brennelementen geht, da die Gundremmingen-Betreiber auf längere Zeit nur diesen einen Transport vorgesehen haben.

La Hague und/oder Gundremmingen?

Inzwischen ist durchgesickert, daß als Transporttermin die Woche vom 6. bis 10. November vorgesehen ist. Wenn in La Hague und Gundremmingen bei der Behälterüberprüfung und der Beladung alles glatt geht, ist es sogar möglich, daß aus Gründen der Kostenreduzierung beide Behälter gleichzeitig nach Gorleben gebracht werden.

Allerdings wird es von Tag zu Tag fraglicher, ob der November-Termin noch einzuhalten ist. Noch sind die Behälter nicht abschließend genehmigt und noch hält die Diskussion über die Gesundheitsgefahren durch Neutronenstrahlung an. Der Marburger Nuklearmediziner Horst Kuni hat mit einer Studie vor allem in Polizeikreisen für erhebliche Unruhe gesorgt. Kuni hat errechnet, daß die Grenzwerte im Nahbereich um den Behälter, also dort wo die Polizei nebenherläuft, auf ein Dreißigstel (!) reduziert werden müssen. Niedersachsens Innenminister Glogowski erklärte daraufhin, daß er keine BeamtInnen zum Castor-Einsatz abstelle, solange die Kuni-Studie nicht widerlegt ist.

Aus dem Innenministerium verlautet auch, daß der anvisierte Termin immer unwahrscheinlicher wird. Doch Vorsicht: Noch ist er nicht abgesagt. Sollte allerdings der Novemberanfang ohne Castor verstreichen, so wird es erst wieder im Februar ernst. Die kurzen Wintertage sind der Polizeiführung für solche komplexen Einsätze zu dunkel.

Doch je länger der nächste Transporttermin auf sich warten läßt, um so wahrscheinlicher wird es, daß die seit einigen Wochen diskutierten Ideen umgesetzt werden. Da ist die Rede von vier bis fünf Behältern aus La Hague in einem Zug. Und an verschiedenen Stellen wird darüber nachgedacht, die riskante Bahnreise durch halb Europa durch eine Schiffspassage von Cherbourg zu einem deutschen Nordseehafen zu ersetzen.

Neues vom Widerstand

Doch das ist erstmal Zukunftsmusik. Zuerst muß es der in den den letzten zwei Jahren wiedererstarkten Anti-AKW-Bewegung gelingen, den notwendigen Druck zu entfalten, um den November-Termin endgültig zu kippen. Einiges ist in letzter Zeit ja schon passiert.

Da wurden z.B. eines Nachts Mitte August zwei der vier Träger des Castor-Verladekrans in Dannenberg von Unbekannten mittels Schweiß-brenner durchtrennt. Die Re-paratur läuft zur Zeit und kostet laut Betreiber 300.000 DM.

Beim "Rock gegen Atomkraft"-Festival im Wendland waren trotz kurzfristiger Werbung und schlechtem Wetter über 5.000 Menschen. Bei der "Malefiz"-Aktion rund ums Gorlebener Endlager-Bergwerk Ende September waren über 1.000 Leute aktiv. Die Transporte von norddeutschen AKWs zur Wiederaufarbeitung im Ausland werden regelmäßig behindert. So wurde am 13. August in Brunsbüttel mit eifrigen Händen der Gleisanschluß des AKWs bearbeitet, so daß plötzlich mehrere Schwellen fehlten und zwei Weichen nicht mehr funktionierten.

Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang, daß das Strafverfahren wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung gegen sieben BesetzerInnen des Brunsbütteler Verladekrans vom Dezember 1993 (siehe GWR 184) eingestellt wurde, nachdem der Staatsanwalt ein glühendes Plädoyer für die Angeklagten gehalten hatte ("Man kann die 'kleinen Leute' nicht ungeschützt der Staatsgewalt ausliefern."). (!)

Aktionsmonat Oktober

Was steht an? Dem alten Motto getreu: "Den Castor stoppen, bevor er losfährt", wird der Oktober zum Aktionsmonat gegen die Transporte. In Göttingen z.B. ist geplant, täglich Aktionen durchzuführen. Erster Höhepunkt wird der 28. Oktober sein. An diesem Tag werden im ganzen Bundesgebiet, vor allem an Bahnhöfen, dezentrale Aktionen gegen den Castor laufen. In Gundremmingen wird weiter "Ausrangiert" vorbereitet, eine öffentliche Schienendemontage am AKW-Anschlußgleis als Aktion zivilen Ungehorsams.

Atomindustrie, Bundesregierung und Polizeiführung zeigen Anzeichen von Nervosität. Das Termine-Hickhack ist ein Zeichen dafür, daß die Botschaft des 25. April angekommen ist: Zwar ist ein solcher Transport mit Staatsgewalt durchsetzbar, aber der politische Preis ist immens. Langsam scheinen die AKW-Betreiber zu begreifen, daß sie sich mit jedem weiteren Transport in die Gefahr begeben, an ihrem eigenen Grab mitzuschaufeln. Im Vorfeld des 10. Tschernobyl-Jahrestages im Frühjahr '96 wird die Auseinandersetzung um die Atomenergie einen neuen Höhepunkt erreichen. Der anhaltende Widerstand gegen den Castor trägt dazu wesentlich bei.

Jochen Stay

Die aktuellen Infos gibt es bei der BI Lüchow-Dannenberg, Drawehner Str.3, 29439 Lüchow, Tel.: 05841/4684 oder über die Graswurzelwerkstatt (Tel./Fax. siehe S.20)

Impressum

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

In dieser Nummer ist - ausnahmsweise - relativ viel und auch von den Falschen Geklautes drin. Das wollen wir erklären:

- Wir hätten gerne schon Einschätzungen zur Fachtagung "sexueller Mißbrauch im Alltag" (letzte Woche im Mathegebäude der TU Berlin) weitergegeben,- sind auf jeden Fall an solchem Material interessiert - da das Problem des Mißbrauches eben nicht irgendwo im Alltag der bösen Gesellschaft angesiedelt ist, sondern mitten unter uns. Die Diskussionen darüber, wie wenig Bewußtsein zum Thema Mißbrauch entwickelt ist, wie die Opfer von Mißbrauch effektiver geschützt werden können, auch vorbeugend, und wo Täterschaft anfängt, haben schon einige Seiten dieser Zeitung gefüllt. Aus Mangel an Material also vorerst der kleine Pressespiegel.

- Ein etwas älterer Artikel aus dem Männerrundbrief (6 von 95) skizziert gut einen Aspekt der gegenwärtigen Entwicklung in der Männerszene. Es werden u.a. reaktionäre Bestrebungen in dieser Szene aufgezeigt. Wir fanden ihn deshalb aktuell genug, um ihn rauszukramen und damit einer "größeren Öffentlichkeit" zugänglich zu machen.

- erstaunt hat uns, mit welcher Größenordnung und technischen Ausstattung in der BRD abgehört wird. Wobei nochmal zu unterstreichen ist, daß hier nur der BND skizziert ist, jedoch noch diverse Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern, militärische Abschirmdienste und Polizeibehörden ähnliches Unwesen treiben. Nicht daß wir hier Panik machen wollen, es ist halt nur gut, immer wieder klar zu haben, wer uns womit gegenübersteht (und wer hat schon einen Trecker!?)
Und vielleicht kann in der einen oder anderen aufgeregten Stasi-Diskussion in diesem Städtchen ja mal die aktuell-herrschende Lage thematisch eingeflochten werden.

KOHL KOMMT - WIR SIND SCHON DA

Am Freitag, den 13.10. gibt es die schon lang ersehnte öffentliche Wahlkundgebung unseres geliebten Kanzlers Kohl, das erste Mal seit 15 Jahren in Berlin. Um 17.30 Uhr auf dem Alex. Weiter so, Helmut!

(Zum Vorprogramm siehe S. 9)

der Inhalt:

Ordner: nix

Wir wollen bleiben wie und wo wir sind!

Demo der -burgen

So, wie im Zuge der Hauptstadtplanung immer mehr soziale, ökologische und kulturelle Projekte aus der Stadt gedrängt werden sollen,wird auch eine Räumung der Berliner Wagenburgen anvisiert!

Das Rollheimerdorf Potsdamer Platz mußte bereits im September dieses Jahres ihren Platz verlassen und ein Gelände in Neukölln beziehen, auf dem sie jedoch auch nur bis März96 geduldet werden.

Die Wagenburgen Kinderbauernhof, East-Side, Schillingbrücke sollen innerhalb des nächsten Jahres verschwinden, den Plätzen Schwarzer Kanal, Lohmühle und Kreuzdorf wird von offizieller Seite eine Gnadenfrist von maximal zwei Jahren eingeräumt.

Die politisch Verantwortlichen fahren, wie oft bei der Vertreibung unerwünschter Bevölkerungsgruppen, die sozialpolitische Schiene. Auf den Plätzen der Wagenburgen sollen nach den Räumungen größtenteils Schulen, Kitas, Uferpromenaden etc. entstehen. So sollen Interessen gegeneinabnder ausgespielt und Räumungen für eine große Bevölkerungsschicht legitimiert werden. Das Gelände des Kinderbauernhofes sowie der dort ansäßigen Wagenburg an der Kreuzberger Adalbertstraße ist z.B. für den Bau einer Schule und einer Kita vorgesehen. Und obwohl von BezirksrätInnen aus Mitte, denen der Erhalt der Erhalt des Kinderbauernhofes am Herzen lag, das Angebot gemacht wurde, stattdessen eine in der Nähe liegende, schon fertige Schule zur Verfügung zu stellen, hält der Bezirk Kreuzberg wie besessen an den Bauplänen fest.

Um auf die Bedrohung unserer Plätze zu reagieren, riefen wir einen Runden Tisch ins Leben, der aus VertreterInnen innerstädtischer Wagenburgen, verantwortlicher Bezirksämter und des Senats bestehen und erstmals am 17.8.95 zusammentreten sollte. Der Runde Tisch war als Verhandlungsgremium gedacht und als Möglichkeit, die 91 getroffene Koalistionsvereinbahrung, bis zum Ende der Legislaturperiode alle Wagenburgen aus der Innenstadt zu verdrängen, nochmal in die öffentliche Diskussion zu bringen und eine neue politische Lösung zu erwirken.

Unsere Forderungen waren und sind:

- Verhandlungen über die Beibehaltung der jetzigen Standorte zuerst. Wenn Ersatzgelände, dann den Bedüfnissen und Lebensumständen der BewohnerInnen entsprechend, d.h. erstens innerhalb des Innenstadtringes
- Verhandlungen der Betroffenen mit zuständigen und entscheidungskompetenten GesprächspartnerInnen
- **Keine Großplätze und isolierte Ghettos!!**
- die gewachsenen Gruppen müssen bestehen bleiben
- der rechtliche Status muß abgesichert werden

Wir versandten Einladungen zum Runden Tisch an VertreterInnen aller Parteien in den entsprechenden Bezirksämtern (Bauen, Wohnen, Soziales, Wirtschaft...), aber es erschienen nur einige von der PDS und den Bündnis 90/Grünen, welche uns zwar wohlgesonnen waren, aber jedoch größtenteils ohne offizielles Mandat der Bezirks*~~voll~~versammlungen und schon gar nicht entscheidungskompetent. Auch die zur Teilnahme am Runden Tisch eingeladenen VertreterInnen des Senats glänzten, bis auf eine Ausnahme aus der unteren Verwaltungsebene, durch Abwesenheit. Während der Tagungen des Runden Tisches wurde nicht über Lösungswege diskutiert, sondern über die scheinbar nicht herausfindbare Verteilung der Verantwortlichkeiten, aussichtslose Bemühungen beklagt und Rat- und Tatlosigkeit demonstriert.

Wir müssen also feststellen, daß weder von Seiten der Bezirksämter noch des Senats ensthaftes Interesse besteht, mit uns zu verhandeln, geschweige denn an akzeptablen Alternativen zur geplanten Vertreibung zu arbeiten.

Aus diesem Grund rufen wir alle, die uns unterstützen wollen, zur Teilnahme an der Demonstration der Berliner Wagenburgen (mit Live-Musik, jawohl) am Donnerstag, dem 19.10., auf- mit oder ohne Wagen.

Wir treffen uns um 13 Uhr am Mariannenplatz.

Die Abschlußkundgebung wird gegen 17 Uhr vor dem Roten Rathaus stattfinden.

Berliner Wagenburgen

Laßt uns nicht im Regen stehen

DEMO & WAGENUMZUG
→ 19.10.'95
→ 13 Uhr MARIANNENPLATZ
→ 17 Uhr ABSCHLUßKUNDGEBUNG VOR'M ROTEN RATHAUS
↔ ab 20 Uhr VARIETÉ AUF DEM SCHWARZEN KANAL

Das burgen-plenum

* richtig: Bezirksverordnetenversammlungen

Strategien gegen die unsichtbaren Täter

■ Start für das vielversprechende wie umstrittene „Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt"

Die sechs Frauenhäuser können den Opfern helfen, aber nicht die männliche Gewalt verringern. Allein in Berlin gibt es Zehntausende von Tätern, die zu Hause ihre Frauen schlagen. Weil viele Opfer ihre Mißhandler nicht anzeigen oder die Anzeigen auf Druck zurücknehmen, weil Polizisten und Staatsanwälte Gewaltakte oftmals als „Familienstreiterei" und „Kavaliersdelikte" werten und nicht ermitteln, weil die Staatsanwaltschaft beim Verdacht auf „einfache Körperverletzung" nur dann tätig wird, wenn sie ein „öffentliches Interesse" vermutet, gehen die meisten Täter straflos aus. Werden sie aber verurteilt, werden sie in einem Männerknast vollends entsozialisiert und wüten nach ihrer Entlassung weiter.

Das „Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt", abgekürzt BIG, soll dies ändern. Groß ist das Modellprojekt mit seinen fünfeinhalb Stellen zwar nicht, groß ist aber die Hoffnung, die darauf ruht. Die Hoffnung nämlich auf eine gesellschaftliche Ächtung der „Beziehungs"-Gewalt, die zu 97 Prozent von Männern an Frauen begangen wird.

Das BIG orientiert sich an den Erfahrungen der US-Kleinstadt Duluth. Seit dort 1981 das „Domestic Abuse Intervention Project" (DAIP) eingeführt wurde, sind die Gewaltakte gegen Frauen stark zurückgegangen. In Duluth nimmt die Polizei jeden Täter für 24 Stunden in Gewahrsam. Eine Mitarbeiterin des Frauenhauses wird benachrichtigt, die mit dem Opfer spricht und ihm, wenn nötig, eine Zuflucht verschafft. Gleichzeitig sucht ein DAIP-Mitarbeiter den Täter in seiner Zelle auf. Der Täter hat neben einem Prozeß gegebenenfalls eine Menge Auflagen zu erwarten: Absolvierung eines sozialen Trainings oder die Respektierung der „Bannmeile" um Wohnung und Arbeitsplatz der Frau.

Die BIG-KoordinatorInnen – drei ehemalige Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern, eine Juristin, ein Soziologe – wollen gemeinsam mit Behörden- und ProjektvertreterInnen eine neue Anti-Gewalt-Konzeption entwerfen. VertreterInnen der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der betroffenen Senatsverwaltungen, der Frauenhäuser und Männerprojekte werden auf sanfte Weise zur Vereinheitlichung ihrer Strategien gezwungen. Nach einer einjährigen „Vorlaufphase" des zu 60 Prozent vom Bundesfrauenministerium und zu 40 Prozent von der Senatsverwaltung für Frauen finanzierten Projektes sollen diese Strategien in „Fachgruppen" vertieft werden.

Angesichts des brisanten Themas ist mit heftigem Streit zu rechnen. Auch in der Planungsphase gab es neben Kompetenzgerangel schon heftige inhaltliche Konflikte. Das erste autonome Frauenhaus sieht BIG als Verrat an der Tradition der Nichtkooperation mit dem Staat. Bei anderen stößt die mögliche Ingewahrsamnahme der Täter und der Zwangscharakter des sozialen Trainings auf Kritik. **Ute Scheut**

„Gewalt gegen Frauen darf nicht mehr als privates Kavaliersdelikt behandelt werden" *Foto: Michael Stehr*

„Wir müssen an die Täter ran"

■ Frauensenatorin Christine Bergmann (SPD) findet einen Perspektivenwechsel bei der Prävention von Gewalt gegen Frauen nötig. Mit dem BIG-Projekt rücken die Täter ins Visier

taz: *Seit 1. Oktober hat das BIG zu arbeiten begonnen. Ist das der „Perspektivenwechsel", den Sie seit der Fachtagung „Präventionsdebatte zur Gewalt gegen Frauen" im September 1993 propagieren?*

Bergmann: Genau. Das BIG ist damals entstanden, es hat also schon eine Vorgeschichte von zwei Jahren. Unsere sechs Frauenhäuser, vier Nachsorgeeinrichtungen und 51 dezentralen Zufluchtswohnungen sind voll ausgelastet, und es kann nicht nur darum gehen, neue Frauenhäuser zu bauen. Wir brauchen erstens Rechtsänderungen, damit die eheliche Wohnung schnell und unbürokratisch der mißhandelten Frau zugesprochen werden kann. Körperverletzung darf nicht länger wie bisher als Antragsdelikt, sondern muß als Offizialdelikt behandelt werden, um die gewalttätigen Männer besser strafrechtlich verfolgen zu können. Es geht zweitens um die Verbesserung der Zusammenarbeit der einzelnen Behörden. Hier läuft schon einiges recht gut. Derzeit wird in sechs Polizeidirektionen per Fragebogen festgestellt, wie häufig Polizisten zu Beziehungsdelikten gerufen werden. Und drittens müssen wir ran an die Täter: sowohl mit besserer Strafverfolgung als auch mit sozialen Trainingskursen, in denen die Männer mit ihrem Verhalten konfrontiert werden und in denen sie gewaltfreie Konfliktlösungen lernen.

Ist hier institutioneller Widerstand spürbar, weil Polizisten, Staatsanwälte und Richter meistens Männer sind?

Das ist von mir aus schwer zu beurteilen. Wenn wir mit ihnen sprechen, sagen sie natürlich, sie tun alles, was rechtlich möglich ist. Aber Träger von Zufluchtswohnungen berichten, daß nur ein kleiner Prozentsatz der Frauen die Ehewohnung vom Familienrichter zugewiesen bekommt. Widerstand in dem Sinne, daß man das Ganze für nicht notwendig hält, den gibt es nicht mehr. Das ist ein Erfolg der Frauenhausbewegung. Frauenhäuser sind richtig und wichtig, aber inzwischen weiß man, daß sie nicht zum Abbau von Gewalt geführt haben.

Christine Bergmann *Foto: Erik-Jan Ouwerkerk*

Aber just aus den Frauenhäusern gibt es jetzt sehr scharfe Kritik an dem BIG-Projekt: Die autonome Frauenbewegung sei nicht bereit, mit dem Staat zu kooperieren. Vielleicht spielt da auch Angst um die Arbeitsplätze in den Frauenhäusern eine Rolle.

Diese Kritik gibt es punktuell, das ist richtig. Da heißt es: Das ist nicht unser Ding, wir sind ganz parteilich für Frauen, und ich verstehe das auch. Aber: Wir machen das Projekt ja im Interesse der Frauen. Nicht weil wir primär an den Tätern interessiert sind, sondern weil wir sie zur Rechenschaft ziehen wollen. Mit den meisten Projekten konnten wir uns darauf auch verständigen. Und Angst um den Arbeitsplatz muß niemand haben. Schön wär's ja, wenn wir mit dem Projekt die Gewalt aus der Welt schaffen könnten. Aber an der Überbelegung der Frauenhäuser wird sich wohl leider so schnell nichts ändern.

„Mannege" und „Mannsarde" machen schon jetzt Täterarbeit, doch dafür gibt es in ganz Berlin nur eine einzige halbe Stelle.

Die Stelle ist in der Jugendverwaltung angebunden. Unsere Unterstützung ist nur eine moralische. Aber seitdem wir vor kurzem in einer Plakataktion potentielle Täter auf diese Beratungsstellen hingewiesen haben, werden diese unwahrscheinlich frequentiert. Das zeigt den Bedarf, und das ist ein Punkt, den man im BIG-Konzept mitregeln muß. Wenn wir die Täterarbeit wollen, müssen wir auch die Anlaufstellen für solche Männer unterstützen und auf die Beine stellen. **Interview: Ute Scheub**

Fragen statt »schädlicher Sicherheit«

Fachtagung zu sexuellem Mißbrauch setzte auf Wissenschaftlichkeit

Statt Buttersäure gab es Blumen, an Stelle von Pfeifkonzerten und Blokkaden Beifall für die OrganisatorInnen. Die von der Alice-Salomon-Fachhochschule (ASFH) in Berlin veranstaltete Fachtagung »Sexueller Mißbrauch im Alltag«, die am Samstag nach vier Tagen zu Ende ging, hatte erreicht, was bei der im Januar 1994 am selben Ort vorausgegangenen Konferenz wegen der Diskussion über die Kampagne »Mißbrauch mit dem Mißbrauch« gescheitert war: Wissenschaftlichkeit der Behandlung des Themas auf der einen Seite, eine Verständigung über die sozialpädagogische, therapeutische und juristische Praxis auf der anderen Seite.

»Die Arbeit hat sich weiterentwickelt, auch die interne Diskussion ist auf einem anderen Stand als vor ein paar Jahren«, erklärte Birgitta Hentschel, Frauenbeauftragte der ASFH, gegenüber *jW*. Die Arbeit sei nicht unberührt, aber auch nicht eingeschränkt von der Kampagne »Mißbrauch mit dem Mißbrauch«. »Wir entdekken immer mehr Defizite und Unsicherheiten«, so Hentschel.

Wie diese aussehen, wurde in den Arbeitsgruppen und den Gesprächen am Rande immer wieder deutlich. »Früher war der Mißbraucher ausschließlich der Schmutzfink auf dem Spielplatz. Dann sollte es stets der Vater oder Bruder sein. Heute ist klar, daß zwei Drittel der Übergriffe außerhalb der Familie, wohl aber im engeren sozialen Umfeld stattfinden – durch PädagogInnen, TherapeutInnen, LehrerInnen und ErzieherInnen«, erklärte Ursula Enders vom Mädchenprojekt »Zartbitter« in Köln.

Dabei blieben immer noch dieselben Fragen offen. Etwa, ob MißbraucherInnen aus Macht oder Ohnmacht handeln, ob Mißbrauch »normal« ist, weil jeder ihn begehen kann, und ob er ein »Teilproblem von Gewalt in engen sozialen Kontexten« darstellt, wie Monika Schipmann von der Senatsverwaltung für Jugend und Familie in Berlin definierte.

Auch, wie hilfreich Gewaltprävention ist, sei weitgehend unerforscht, erklärte Enders. Außerdem müsse geklärt werden, wie die GutachterInnen zu kontrollieren seien, deren Stimme vor Gericht meist mehr zähle als die der Beratungsstellen. Laut Enders taucht auch immer wieder die Frage auf, ob das Sexualstrafrecht geändert werden muß oder ob die derzeitige Praxis ausreicht.

Daß all diese Fragen weithin offen sind, habe aber auch positive Aspekte, erklärte die Soziologin Barbara Kavemann auf der die Tagung abschließenden Podiumsdiskussion. »Die Debatte darüber löst die alte schädliche Sicherheit der Vergewaltiger und Bedränger ab, nicht entdeckt zu werden.«

Neben den ungeklärten Aspekten gibt es in der Praxis laut Kavemann allerdings auch zahlreiche Defizite. Beispielsweise bei der Arbeit mit MigrantInnen: »Es gibt keine umfassende Studie über sexuelle Gewalt gegen MigrantInnen«, beklagte Nivedita Prasad vom Autonomen Mädchenhaus Berlin.

Dabei gehe es ihr nicht in erster Linie um Zahlen, sondern um Zusammenhänge: Etwa, wie sich das Ausländergesetz auf die Gewaltpraxis auswirkt, ob Zweisprachigkeit die Ausdrucksfähigkeit von Kindern einschränkt oder inwieweit sich nonverbale Zeichen mit der Sprache verändern. Neben der Forschung über MigrantInnen fehle auch die über behinderte Frauen und Kinder.

Woran es hapert, faßte Birgitta Hentschel abschließend zusammen: Ausbildung, Forschung, Geld und Platz. Außerdem fehlten KrankenpflegerInnen und ÄrztInnen der Blick für die Folgen des Mißbrauchs, ebenso PolizistInnen und StaatsanwältInnen.

Hentschel forderte außerdem: »Neben dem Austausch unter Fachfrauen brauchen wir einen runden Tisch, an dem wir uns mit KritikerInnen, aber auch mit denen, die die öffentliche Meinung und die juristische Praxis bestimmen, auseinandersetzen.« Und mit GeldgeberInnen. *Beate Willms*

Foto: Archiv 8. Mai

Reden statt schlagen

Die Projekte „Mannsarde" und „Mannege" versuchen über Beratungsgespräche und Seminare gewalttätige Männer vom Schlagen ihrer Frauen abzuhalten ■ Von Ute Scheub

Eigentlich müßten Männerhäuser statt Frauenhäuser gebaut werden, dachten sich der Diplompsychologe Gerhard Hafner und der Sozialpädagoge Ulf Morling. Die Frauen könnten sicher und geschützt in ihren Wohnungen bleiben, während ihre gewalttätigen Männer eine stationäre Therapie durchlaufen. Diese nicht gerade neue Idee, die zur Zeit der rot-grünen Koalition schon einmal debattiert wurde, versuchten sie mit der Gründung des gemischtgeschlechtlichen Vereins „Mannsarde gegen Männergewalt" am Weltfriedenstag 1994 zu puschen.

Doch weder das Bundesfrauenministerium noch die hiesigen Senatsverwaltungen zeigten sich interessiert Zwar wäre eine erfolgreiche Arbeit mit Tätern längerfristig mit Sicherheit billiger als der Aufbau von immer neuen Frauenhäusern. Andererseits aber wäre ein Männerhaus mit zwangseinquartierten Tätern wegen der nötigen Sicherheitsmaßnahmen sehr viel teurer als als ein Frauenhaus.

Die Männer und Frauen der „Mannsarde" mußten ihr Projekt überdenken. Wenn das jetzt seine Arbeit beginnende „Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt" (BIG) perspektivisch die sozialen Trainings mit verurteilten Tätern übernähme, überlegten sie, dann wäre es doch eine sinnvolle Ergänzung, die präventive und ambulante Antigewaltberatung zu verstärken. „Mannsarde" beantragte zweieinhalb Stellen: zwei Stellen für die Männerberatung und eine halbe Stelle für die Betreuung der weiblichen Gewaltopfer. Die Senatsverwaltung für Inneres fühlte sich indes für schlagende Männer nicht verantwortlich und schickte den Antrag an die Senatsverwaltung für Frauen. Die befand sich für Männer ebenfalls nicht zuständig und schickte den Krempel retour. Der Ansatz sei zwar prima, hieß es im Hause der Frauensenatorin, aber man habe kein Geld. Nur Plakate: Unter dem etwas holprig formulierten Motto „Stopp der Gewalt gegen Frauen – so löst mann keine Probleme" ließ Christine Bergmann (SPD) die Adressen von „Mannsarde" und „Mannege", ein ähnlich arbeitendes Projekt, in U-Bahnen und Behörden aushängen. Die Resonanz war durchaus vielversprechend.

Aber: „Geld gibt es nirgends, nur lobende Worte", sagt Gerhard Hafner frustriert. Die Beratung, die „Mannsarde" seit einem Jahr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger" in Mitte anbietet, erfolgt ausschließlich ehrenamtlich. Professionell ist sie trotzdem, denn der Psychologe hat schon früher bei der „Mannege" mit gewalttätigen Männern gearbeitet.

Wie sieht so eine Beratung aus? Viele Männer kämen als sogenannte „Selbstmelder" zwar freiwillig, berichtet Gerhard Hafner, aber keineswegs infolge eigener Einsicht. Meistens suche ein gewalttätiger Mann erst dann eine Beratungsstelle auf, wenn Frau oder Freundin ihn zu verlassen droht, wenn er Verlustängste und Leidensdruck verspürt. Um zukünftiger Gewalt entgegenzuwirken, versucht der Berater die Selbstwahrnehmung und Selbstkontrolle seiner Klienten zu schärfen: „Was kocht da hoch? Wie und wann steige ich aus einem Streit aus? Wann bestehe ich auf einer Aus-Zeit?"

Beratungsgespräche für gewalttätige Männer hält auch die „Mannege" ab. In der vor acht Jahren gegründeten Männerberatungsstelle ist der Arbeitsbereich „Konflikt-Krise-Gewalt" allerdings nur einer unter vielen. Die „Mannege" berät werdende Väter genauso wie Männer in Trennung und Scheidung, das Themenspektrum ihrer Veranstaltungen reicht von „Yoga – der Weg des Kriegers" über das Selbsterfahrungswochenende „Meine Traumfrau" bis zum Abend über „Die sanfte Geburt". Für die Antigewaltarbeit steht dem Männerprojekt nach einer Mittelkürzung durch die Senatsverwaltung für Jugend und Familie jetzt gerade mal noch eine halbe Stelle zur Verfügung.

Und das, obwohl je nach Umfrage und Definition von Gewalt zwischen 10 und 30 Prozent aller Frauen angeben, sie hätten schon einmal Gewalterfahrungen machen müssen. In Berlin leben schätzungsweise knapp eine Million erwachsene Männer in einer Ehe oder Partnerschaft. Rein rechnerisch gesehen stehen diesem halben Sozialarbeiter als einzige bezahlte Kraft in diesem Bereich also mindestens 100.000 potentielle Klienten gegenüber.

„Mannsarde" im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger", Strelitzer Str. 54, Tel. 449 60 22. „Mannege" im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Tel. 208 21 57.

HERAUS ZUR GEMÜTLICHEN

KLEINDEMONSTRATION!

Wir leben im Zeitalter des Hedonismus, der Genußsucht. Alles ist egal. Was zählt sind allein Konsum, Drogen, bunte Bilder und Zerstreuung. Ist das wirklich so?
Die *KPD/RZ* will es wissen. Das Jahr 1995 könnte das Schicksalsjahr der jungen deutschen Demokratiebewegung werden. Erinnern wir uns, wie die mutigen Rufe nach Demokratie vor einigen Jahren brutal zum Schweigen gebracht wurden. Parolen wie „Wir sind das Volk" oder „ Kommt-die-D-Mark-bleiben-wir-kommt-sie-nicht-gehen-wir-zu-ihr" werden noch heute weltweit an abendlichen Lagerfeuern leise gesummt. Auch die letztjährige Manifestation der *KPD/RZ* gegen sinnlose Gewalt und ruhestörenden Lärm ist nicht vergessen, obwohl versucht wurde, die Weltgeschichte diesbezüglich umzuschreiben.
Nun hat das Berliner Obristenregime aufgrund des internationalen Drucks doch Wahlen ausgeschrieben. Natürlich muß damit gerechnet werden, daß Wahlfälschung in großem Stile betrieben werden wird. Schon jetzt sind erste fertig ausgefüllte Stimmzettel gefunden worden. Wir werden dazu nicht schweigen! Im Gegenteil!
Wir, die *KPD/RZ*, rufen erneut zu einer Manifestation auf.

GEGEN ALLES

Wir haben die Schnauze voll! Offenbar gibt es hierzulande Bestrebungen, alles immer schlimmer zu machen. Preise werden grundlos erhöht. Anti-Berliner kontrollieren das Rote Rathaus. Verbrechen werden noch und nöcher begangen. Wenn es brennt kommt die Feuerwehr zu langsam. Unlogische Postleitzahlen werden eingeführt. Gefälschte Wetterberichte werden landesweit ausgestrahlt. Die Jugend kennt keinen Respekt. Pflanzen wuchern wild und rücksichtslos. Hunde lassen ihren Kot überall liegen. Atombomben werden hier und da gezündet. Giftmüll wird verklappt, daß es nur so eine Art hat. Kriminelle Umweltschützer mißachten Recht und Gesetz. Politisch Radikale randalieren. Polizisten und Angestellte des Gärtnereibetriebes K.Szerwinczsky und Söhne neigen zu Übergriffen. Omi Meyer und Opa Öcalan können nachts nicht in Ruhe einen Spaziergang durch dunkle Parks machen. Ruhestörender Lärm, insbesondere durch Müllwagen nimmt überhand. Neuartige Zeppelin-Konzepte werden ignoriert. Werden wir dies und vieles mehr weiter dulden, oder werden wir mit lauter Stimme unser NEIN! all jenen entgegenschleudern, die alles immer schlimmer machen wollen?? Werden wir es uns weiter bieten lassen, daß verführte Jugendliche und drogenabhängige Politiker die Geschichtsbücher schreiben?? Werden wir uns abspeisen lassen mit gemütlichen Kleindemonstrationen die unter so verräterischen Überschriften wie „Gegen Alles" daherkommen und doch nur das Produkt skrupelloser Rattenfänger sind??

Wir rufen auf!

Kreuzberger und Kreuzbergerinnen. Alle diejenigen, die von der Kreuzberger Idee, verkörpert durch die *KPD/RZ*, überzeugt sind. Aber auch all jene, die nicht davon überzeugt. Ja, sogar diejenigen, die gegen uns sind, rufen wir auf:

Sagt NEIN!

Nein zu grundlosen Preiserhöhungen! Nein zu Anti-Berlinern im Roten Rathaus! Nein zu Verbrechern! Nein zu langsamen Feuerwehreinsätzen! Nein zu unlogischen Postleitzahlen! Nein zu gefälschten Wetterberichten! Nein zu respektlosen Jugendlichen! Nein zu wuchernden Pflanzen und überall herumliegendem Hundekot! Nein zu Atombombenversuchen in Kreuzberg! Nein zu Giftmüllverklappung in Kreuzberg! Nein zu kriminellem Umweltschutz! Nein zu Randalismus! Nein zu übergreifenden Angestellten des Gärtnereibetriebes K.Szerwinsczsky und Söhne! Nein zu nächtlichen Parks! Nein zu ruhestörendem Lärm durch Müllwagen! Ja zu neuartigen Zeppelin-Konzepten! Nein zu absurden Veranstaltungen kleiner Lokalparteien!
Dies wird die letzte und mächtigste aller Kleindemonstrationen. In Ihr kann und muß alles gesagt werden, was noch zu sagen ist. Wer immer etwas beizutragen hat, einen Mißstand anprangern möchte, sich am demokratischen Prozeß der Meinungsbildung beteiligen möchte, finde sich dazu pünktlich ein.

FREITAG DER 13. - 20 UHR 36 -
HEINRICHPLATZ

D e m o n s t r a t i o n

gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis der Saarlandbrigad

am 13. 11.

in Wadern

Treffpunkt 16

❒ **Die Rolle der Saarlandbrigade**

Gerade die Saarlandbrigade als Teil der Krisenreaktionskräfte der NATO spielt dabei eine wesentliche Rolle.
- Der Chef der Luftlandebrigade 26 in Saarlouis, Hans-Heinrich Dieter, ist zum Nationalen Deutschen Befehlshaber in Kroatien ernannt worden.
- An der Seite des NATO-Mitgliedes Türkei hat die Saarlandbrigade schon 4 Manöver im türkisch besetzten Gebiet Kurdistans gemacht. Dort tritt sie an der Seite des türkischen Militärs auf, das einen Ausrottungskrieg gegen das kurdische Volk führt. Damit bedrohen sie ganz materiell das Leben der Kurden und Kurdinnen. 2000 Dörfer hat die türkische Armee dem Erdboden gleichgemacht. 10 000 politische Kriegsgefangene sitzen in türkischen Gefängnissen.

Neben den gemeinsamen Manövern liefert der deutsche Staat Waffen an die Türkei und bildet Spezialeinheiten aus, die die KurdInnen terrorisieren.

In der BRD selbst werden kurdische PolitikerInnen und AktivistInnen verfolgt und die kulturellen und politischen Einrichtungen und Veranstaltungen der KurdInnen verboten.

Darüberhinaus sind sie mit staatlichem und institutionellem Rassismus sowie mit Alltagsrassismus konfrontiert.

Kurdische AsylbewerberInnen werden wieder in die Türkei abgeschoben, wo ihnen Folter und Ermordung droht.

KOHL MACHT BEI UNS KEINEN STICH !

Am Freitag den 13. Oktober 1995 wird unser geliebter Reichskanzler Kohl zusammen mit unserem geliebten Oberbürger Meister Diebgen den ersten Spatenstich zu den Tiergarten tun – wollen. Wie anno dunnemals im "Tausendjährigen Reich" wollen sich die Herrschenden dieser Unzeit ein megalithisches Monument ihres (noch) Daseins im neuen Regierungsviertel der germanischen Metropole setzen, umschleimt von den Scharen der großen und kleinen Profiteuere. Es ist dabei nicht unwahrscheinlich, ja sogar sicher, daß sie beim Bau der neuen Reichskanzlei auf die Fundamente ihrer Vorgänger stoßen, auf denen ja auch diese Republik steht. 1945 – vor 50 Jahren, wurde dieser Ort deren Grabstein. So ist es auch durchaus denkbar, daß der Bundeswanstler mit dem ersten Spatenstich nicht den Baubeginn der Tiergartentunnel markiert, sondern den ersten Spatenstich tut, um sich und seinesgleichen das eigene Grab zu schaufeln. Mit den Tiergartentunneln steht und fällt nämlich die ganze größenwahnsinnige Planung von Regierungsghetto und Zentralbahnhof die oben auf den Tuben stehen sollen.

Machen wir also Freitag den 13. zum Schw@rzen Freitag für die Bonner KOHLonnen, für die Härrschenden, den Staat, und stecken wir ihnen 'nen Korken auf die Röhren bis sie röhren. Hochmut (Helmut ?) kommt vor dem Fall !

EI, EI, EI, wer kommt denn da ?!!

Kommt also m@ssenhaft und bringt eure besten Argumente gegen die Unterminierung unserer Angelegenheiten mit.

Tiergarten bleibt, Tunnel unterbleibt.

Freitag, 13.10.1995

1. und letzter Spatenstich:

15 Uhr vor dem Reichstag.

Demo, 17 Uhr Bahnhof Friedrichstraße

Die Schw@rzen Maulwürfe

Offenes Treffen zur Vorbereitung der Demonstration

Samstag, 14.10.'95, 17 Uhr

Sbr. Alte Feuerwache

Erste Gedankensammlung für ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit zur „radikal"

Wir denken, uns wird niemand heftig widersprechen, wenn wir behaupten, daß sowohl für die „radikal" wie für die Verhafteten und Geflohenen die politische Gesamtwetterlage denkbar schlecht ist. Im Prinzip interesssiert es kaum jemanden, daß wegen der „radikal" vier Leute im Knast sitzten und vier auf der Flucht sind, sowie gegen 18 weitere Menschen Ermittlungsverfahren laufen. Eine liberale Öffentlichkeit, die sich in so einem Fall engagieren könnte, existiert kaum noch (auch zu allen anderen gesellschaftlichen Themen), zumindest wenn mensch sie nicht einmal sucht.

Die „radikal" ist in den letzten Jahren - trotz aller Versuche dagegen zu steuern - zu einem Blatt von „Vereinsmitgliedern" für „Vereinsmitglieder" geworden und ist damit ein Spiegelbild dessen, wie es vielen autonomen politischen Initiativen geht. Diese **politische** Schwäche ermöglichte den Bullen mit den derzeitigen Schlag (kriminalistisch hatten sie ihn seit eineinhalb Jahren auf Tasche). Dabei sollte mensch den gesellschaftlichen Kontext nicht vergessen: weitere Individualisierungsschübe im Alltag, Formierung der BRD als Nationalstaat, etc., um nur einige Stichpunkte anzudeuten. Schwere Fehler im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit nach dem Grünau-Osterei (für BAW und Bullen ist dies die gleiche Soße) haben auch nicht gerade dazu beigetragen, diesem Zustand entgegenzuwirken. Auch drei Monate später, nun bei der Razzia gegen die „radikal", werden die selben Fehler wiederholt. Selbst das eigene weitere Umfeld (d.h. die Leute, die nicht zu den 20 dicksten FreundInnen zählen) wird nur sehr schleppend bis gar nicht informiert. Im Falle des Grünau-Osterei's dauert es Monate bis ein lesbares und informatives Flugblatt erscheint (das 8seitige mit den Zahnbürsten im Layout). Zum „radikal"-Verfahren gibt es unseres Wissens bis heute noch nichts vergleichbares. So eine Athmosphäre lähmt. Auch tut sich mensch anscheinend sehr schwer, auf Gruppen und Zusammenhänge zuzugehen, die nicht ganz auf der eigenen Linie liegen (z.B. IG Medien). Jetzt schlägt einfach doppelt zurück, daß vorher viele, die nicht so drauf sind, wie mensch selbst, zum potenziellen „Feindesland" erklärt wurden.
Für die „radikal" ist im Bereich Öffentlichkeitsarbeit was zu gewinnen (d.h. Leute außerhalb von einem selbst anzusprechen und diese auf die Idee zu bringen, selbst was gegen die Kriminalisierung der „radikal" zu tun), wenn wir weniger die „radikal" als solches thematisieren, sondern es uns primär um den gesellschaftlichen Raum geht, in dem freie Kommunikation möglich ist, und in dem Menschen öffentlich und praktisch diskutieren können, wie und welchen Widerstand sie hier leben wollen. Wir dürfen von den Leuten nicht verlangen, daß sie sich inhaltlich hinter die „radikal" stellen. Zum Beispiel können wir uns kaum vorstellen, daß ein Günther Grass die „radikal" gut findet, aber das er sehr wohl den gesellschaftlichen Raum wichtig findet, in der solche Diskussionen möglich sind. Sinngemäß könnte die Parole etwa lauten: die „radikal" ist sehr wohl kritisierbar, aber eben nicht juristifizierbar/kriminalisierbar. Das holpert sprachlich noch ganz böse .....

Weitere Punkte, die in der Öffentlichkeitsarbeit dringenst thematisiert werden sollten:

- wir sollten keine Probleme damit haben, zuzugeben, daß bei der „radikal" (und überhaupt bei autonomer Medienpolitik und -arbeit) einiges falsch gelaufen ist und vieles verbessert werden kann. Aber all' diejenigen, die so abgegessen auf unsere Medien reagieren, sollten sich schon den Fragen stellen: Was dann? Und wie? Denn damit gerät der Blick auf einmal nach vorne, und die Frage lautet, wie wir uns eine autonome Kommunikation im Frühjahr '96 wünschen.

- wir sollten versuchen, die Themen der „radikal" breit aufzugreifen und die vielfältigen Inhalte der Zeitung betonen (z.B. „Gegen das Vergessen"; Text der „Kabelbeisserinnen"; etc.).

- es sollte etwas gegen die juristische Konstruktion einer Zeitungsredaktion als kriminelle Vereinigung gemacht werden; falls dies durch kommt, hängt dies als potenzielle Drohung auch über anderen Projekten.

- ebenso sollte die Kriminalisierung durch „Kontaktschuld" thematisiert werden; die langfristigen Auswirkungen, falls so was stehen bleibt, sind nicht absehbar.

- durch die Verteidigung des „gesellschaftlichen Raums auf freie Kommunikation" fällt auch als Nebenprodukt eine Vorfeldverteidigung für andere Medienprojekte ab

- betonen, daß es ja gerade Ausdruck des Kriminalisierungsdrucks ist, wenn die „radikal" so verdeckt hergestellt wird. Erst Leute für zweieinhalb Jahre in den Knast stecken wollen, andere für drei Jahre ins Exil verjagen, etc. und dann den Leuten, die sich genau vor diesem „Schicksal" schützen wollen, dies wiederum vorzuwerfen und wiederum zu kriminalisieren, ist „einfach gemein". Am liebsten wäre uns, solche Zeitungen völlig offen und ohne Kriminalisierungsdruck machen zu können.

- wir sollten versuchen, die „radikal" in einen 20jährigen Zusammenhang zu stellen. Sie ist die meiste Zeit der Versuch gewesen, rebellisches Leben auszudrücken und andere dazu anzuturnen. Dies ist mal besser und mal weniger gut gelungen. Dabei ist wichtig im Blick zu haben, daß ein „Vereinsblatt" auch nur die Stimmungen, Haltungen und Rezeptionsverhalten der „Vereinsmitglieder" widerspiegelt. Eine Zeitung lebt von der Beteiligung.

- überhaupt sollten wir grundsätzlich die Frage aufwerfen, wie Kommunikation in der BRD seit 1945 organisiert ist. Die fängt z.B. an mit dem Hinauswerfen von Leuten aus der „FR" 1947 (Emil Carlebach) oder dem Verbot von „Der Ruf" (Alfred Andersch) durch die amerikanische Militärmission. Auch ist zu thematisieren, wer heute den Medienmarkt beherrscht (Medien nicht nur als Print-Medien, sondern auch Radio, TV und Datennetze).

- Sprüche wie „was wahr ist, wird auch gedruckt" etc., sollten wir besser stecken lassen, denn jedeR weiß doch, daß alle Medien lügen und ihre eigene Konstruktion von Wirklichkeit erzeugen.

- wir sollten uns ehrlich auf die bürgerliche Pressefreiheit berufen, ohne zu verschweigen, daß wir sie lange nicht für das non-plus-ultra halten, aber immerhin relativ zu autoritären Verfassungen uns Spielräume ermöglicht. Uns hindert niemand dran, z.B. die materielle Bedingtheit dieser Pressefreiheit zu betonen. Und mit ehrlich meinen wir, daß wir diese wirklich allen, und nicht nur uns und unseren FreundInnen zugestehen. Damit verhindern wir, nur Lobbypolitik für uns zu machen (was eh' jedeR schnell spürt), geraten aber in den Widerspruch, daß gerade moralische Grundsätze auch für unsere Gegner gelten (daß wir zu unseren FreundInnen nett sind ist doch selbstverständlich) und somit auch z.B. für Nazi-Zeitschriften. Mensch könnte da z.B. das Kriterium „menschenverachtend" als Trennungslinie nehmen, da müßten wir uns aber in einigen Fällen selbst an der Nase ziehen, in denen mangelnde inhaltliche Argumentation durch Beleidigungen nicht gerade zartester Sorte ersetzt werden („Die Bullen, die Schweine").

So, nun sind eure Verbesserungsvorschläge oder gar Gegenentwürfe gefragt.

Berlin, im September 1995
die drei von der Tankstelle gegenüber

Razzia mit Wasserwerfer

Kurdisches Zentrum in Berlin durchsucht

9.10. jW

Das Kurdisch-Deutsche Kulturzentrum in der Zossener Straße in Berlin-Kreuzberg ist am vergangenen Freitag abend von einem Großaufgebot der Polizei überfallen worden. Gegen 22.45 Uhr sperrten die mit Räumpanzern und Wasserwerfern angerückten Einsatzkräfte die Straße völlig ab. Auch Journalisten mit Presseausweis wurde der Zutritt verweigert. Die Maßnahmen wurden mit »Gefahr im Verzuge« begründet. Einem zufällig im Zentrum anwesenden Kurden nahm die Polizei seinen Ausweis ab. Dafür wurde ihm eine Ersatzbescheinigung ausgehändigt. Dann mußte er die Räume verlassen. So konnte die Polizei, darunter mehrere türkischsprachige Beamte, ungestört von Zeugen etwa fünf Stunden alle Räume des Zentrums durchsuchen.

Besonders angetan hatten es ihnen die Räume des kurdischen Instituts für Wissenschaft und Forschung in der vierten Etage. Dort wurden Bücher aus den Regalen geworfen, Plakate und Landkarten von den Wänden gerissen und teilweise bewußt zerrissen, Papiere auf den Boden verstreut. Ein Computer, mehrere Bücher, Broschüren und Aktenordner sowie ein Plakat von PKK-Vorsitzenden Öcalan wurden beschlagnahmt. Allerdings hatten die KurdInnen auch am Samstag nachmittag noch keinen genauen Überblick über die beschlagnahmten Gegenstände, weil die Polizei weder ein Durchsuchungs- noch ein Beschlagnahmeprotokoll hinterließ. Auch die Gründe für die Razzia wurden den KurdInnen nicht bekanntgegeben. Eine Kurdin erklärte der *jW* vor Ort, daß es sich bei der Razzia bereits um die vierte in diesem Jahr gehandelt habe. *Peter Nowak*

Aus der Reihe "unendliche Geschichte des alltäglichen Rassismus in Deutschland"

Beispiel 2

Prozeß am 16.10.1995 Raum 0-157 Landgericht Tiergarten,Turmstr 91 **9 Uhr**

Hier soll im folgenden auf eine Geschichte aufmerksam gemacht werden, um ein Schlaglicht auf Vorgehensweisen innerhalb der Berliner Polizei und Justiz zu werfen.
Der skandalöse Prozeß diesmal gegen einen staatenlosen Sudanesen!
Er ist Vater zweier Kinder(3+5Jahre, in Deutschland geboren und aufgewachsen)!
Der Verlauf des Prozesses, mit dem Vorwurf Widerstand pp. (hier gegen Polizeibeamte) kann auch die Fortsetzung seiner befristeten Aufenthaltsgestattung beenden!
Er lehnte beim ersten Prozeßtermin ein richterliches Vergleichsangebot mit geringer Geldstrafe ab! Er bestand auf Freispruch!
Die Ausweisung in die Verhältnisse, die jetzt im Sudan herrschen, kann für ihn, welcher dort als aktiver Linker bekannt ist, nur lebensbedrohlich sein.

Wir hoffen, mit vielen darüber übereinzustimmen, daß es immer wieder aufs Neue wichtig ist, so einen Fall an die Öffentlichkeit zu bringen. Solange Rassismus in dieser Gesellschaft passiert, muß auch der Finger auf die Wunde gelegt werden!

Aus diesem Grund, hier nochmals im Detail die Vorfälle, um die es bei diesem Prozeß geht.
Am 3. Oktober 1994 dem "Tag der deutschen Einheit" fand eine antifaschistische Demonstration statt. Diese endete gegen 16 Uhr an der "Neuen Wache", Unter den Linden.
Ein Dokumentationsteam der Polizei filmte durchgehend den Demonstrationsverlauf.
Kurz vor Beginn der Abschlußkundgebung sagt der Kameramann des Dokumentationsteams zu dem geistig behinderten stadtbekannten "Demo-Christian":
" FRÜHER SIND SOLCHE WIE DU VERGAST WORDEN!
"Demo-Christian" schrie empört zu dem Beamten: "wiederhole dies noch mal hier laut vor allen" . Dies tat er nicht,. "... ich will die Dienstnummer" . Diese gab er auch nicht.
Als sich mehrere DemonstrantInnen vor Ort ansammelten, bildeten die Kollegen des Kameramanns schützend eine Kette vor ihm. Sie drängten die Dienstnummerbegehrenden DemonstrantInnen ab. Dabei kams zum Gerangel.
Nun begann der Auftritt des schwarzen Sudanesen "Jupiter".
Jupiter trat schlichtend an die Seite "Demo-Christians". Da er Zeuge der rassistischen "Vergasungs äußerungen" des Polizei-Kameramanns gewesen war, versuchte er Christian davon zu überzeugen, daß dies nicht vor Ort geklärt werden müsse und könne. Er meinte (sinngemäß): " Es gibt neben mir noch genug Zeugen für ein gerichtliches Nachspiel"
Nun stand der schlichtende, Jupiter (1,80m groß, eher schmächtig) nach beiden Seiten mit den Händen gestikulierend zwischen den sich gegenseitig schiebenden Fronten. Diese Szene wurde wohl nicht gefilmt.
Währenddessen verschwand der Anlass, "Demo-Christian".
Der beruhigend auf beide Seiten einredende Jupiter wurde nun von der Polizeiseite aus gestoßen. Dabei taumelte er in die ca. 20-köpfige DemonstrantInnenmenge. Vor den Augen der beteiligten Polizeibeamten entfernte er sich, um die laufende Abschlußkundgebung anzuhören.Er hielt sich dort, separat, schuldunbewußt , unbehelligt, jederzeit in Sichtweite von den beteiligten Polizeibeamten greifbar, ca. 15 Minuten bis zum Ende, auf.
Auf dem Nachhauseweg mehrere hunderte Meter, weiter ca. 40 Minuten nach dem "Vorfall" wurde Jupiter auf dem Fahrrad sitzend widerstandslos verhaftet. Für Jupiter augenscheinlich, waren sich die Beamten im Polizeirevier über den genauen Festnahmegrund im unklaren, insbesondere darüber ob er überhaupt was gemacht habe, und entließen ihn kurze Zeit später.

Fazit:
Ein geistig Behinderter wird am Tag der deutschen Einheit von einem Polizeibeamten verbal, während einer antifaschistischen Demonstration zum vergasen freigegeben. Danach versucht ein schwarzer Nichtdeutscher seine bürgerlichen Rechte in dem deutschen Rechtsstaat wahrzunehmen. Die Dienstnummer wird nicht ausgehändigt und der schwarze Zeuge wird als Straftäter verhaftet. Den Grund erfährt er erst Wochen später. Mögliche entlastende Filmaufnahmen werden extra nicht gedreht.!

Schafft Öffentlichkeit! Freispruch !!! Was sonst !!!
Kommt zum Prozeß am 16.10.1995
am Landgericht Tiergarten Turmstr 91, U-Bhf. Turmstr. , um 9 Uhr, Raum 0-157

Kontaktaddresse für Nachfragen:

M99 - Kopierladen, im Exil
Manteuffelstr 96
-10997 Berlin
Tel 6127491, Fax 6115021

Stichwort: Jupiter

Der BND hört alles

Im Äther warten die Lauscher. Zwischen Husum und Bad Aibling, in rund fünfzig Abhörstationen über die Bundesrepublik verstreut, sind sie stationiert: die Aufklärer des Bundesnachrichtendienstes (BND). Riesige Antennenanlagen sind aufgebaut, die High-Tech wird auf dem letzten technologischen Stand gehalten, die Einrichtungen firmieren meist unter dem falschem Namen „Bundesstelle für Fernmeldestatistik“.

Der Nachrichtendienst hält eine Art elektronischen Kescher in die weltweiten Telekommunikationsstränge: er sammelt Daten und das in einem atemberaubendem Ausmaß. Allein bis zum Ende des Kalten Krieges beförderte der BND die Datensätze von mindestens sechs Millionen Menschen in die Speicher seiner Großrechneranlagen. Bei jeder zweiten Speicherung, behaupten die wenigen, die den Geheimdienstapparat kennen, handelt es sich um die eines Bundesbürger. Und das, obwohl es sich beim BND eigentlich um einem Auslandsaufklärungsdienst handelt.

Die Zahl der Speicherungen wächst und wächst: Mit der Verabschiedung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes Ende 1994 wurden die Befugnisse des BND ausgeweitet, und das findet seinen Niederschlag – auf den Festplatten der Geheimen mit Sitz in Pullach bei München.

Der Dreh- und Angelpunkt der neuen Befugnisse heißt im Amtsdeutsch „verdachtslose Rasterfahndung“. Der Geheimdienst wurde mit Inkrafttreten des Verbrechensbekämpfungsgesetzes erstmals offiziell ermächtigt, den internationalen „nicht leitungsgebundenen Fernmeldeverkehr“ auch ohne konkrete Verdachtsmomente zu überwachen und dabei anfallende „zufällige“ Erkenntnisse über Bundesbürger den Strafverfolgungsbehörden zukommen zu lassen.

Mit der neuen gesetzlichen Grundlage wurde allerdings eine Praxis sanktioniert, die der Bundesnachrichtendienst als verlängerter Arm des Bonner Kanzleramtes ohnehin schon seit Jahr und Tag versieht: Das Sammeln von Informationen über mögliche terroristische Anschläge auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, über die internationale Verbreitung von Nuklearmaterial, über den Handel mit Kriegswaffen und Drogen, auch über die weltweite illegale Geldwäsche. Der klassische Auftrag des Nachrichtendienstes, die Abwehr eines „bewaffneten Angriffs“ gegen die Bundesrepublik, ist schon seit Jahren in den Hintergrund getreten.

Der Bundesnachrichtendienst überwacht aber nicht nur Telefongespräche und den Funkverkehr, sondern ebenso die internationalen Datennetze. Das berichtete vor kurzem die Computerzeitschrift *Chip*. Über Scannerprogramme, die immer dann in Bewegung gesetzt werden, wenn ein bestimmtes Schlüsselwort fällt, sollen beinahe hundert Prozent der über das Ausland laufenden Internet-Kommunikation beschnüffelt werden.

Die Aufklärer beschränken sich dem Bericht zufolge auch nicht auf konventionelle Kommunikationsmittel wie Telex und Fax. Längst hätten sie ihre Lauscher auch in Online-Medien wie Internet und Compuserve. Für Andreas Pfitzmann, Kryptographie-Experte am Institut für Theoretische Informatik der TU Dresden, steht fest, daß beinahe hundert Prozent der Auslandsgespräche per Telefon und ein ähnlich hoher Prozentsatz der Internet-Mails von den Geheimdienstlern kontrolliert wird. Auch gängige Komprimierungssoftware, die zunehmend beim elektronischen Informationstransfer eingesetzt wird, sei für den Pullacher Dienst kein Überwachungshindernis.

Selbst verschlüsselte Nachrichten will der BND erfassen. Zuständig dafür ist eine „Abteilung 6“ – ein Referat, das in großem Stil *hakking* betreibt. Das berichtet Erich Schmidt-Eenboom, Verfasser mehrerer Standardwerke über den BND. Das dafür nötige Know-how vermittle der Nachrichtendienst selbst seinen Mitarbeitern. Mittlerweile habe sich in diesem Bereich schon ein eigenes „Berufsbild“ etabliert.

Schmidt-Eenboom wirft dem BND weiter vor, flächendeckend „illegale Telefonabhöraktionen“ zu betreiben. „Nach dem Zusammenbruch im Osten wendet er sich verstärkt der Schnüffelei im Inland zu. Die Pullacher haben nach der Wiedervereinigung ihre Kapazitäten nicht etwa reduziert, sondern stark ausgebaut und modernisiert.“

Auf Anfrage wollte der Bundesnachrichtendienst die Vorwürfe nicht kommentieren. Schmidt-Eenboom weiter: „Der BND versucht bei interessanten Gesprächen die Telefonnummern der Teilnehmer zu ermitteln und gibt diese dann in sein elektronisches Suchsystem, so daß alle weiteren Gespräche künftig automatisch mitgeschnitten werden. Der Dienst kann sogar die Stimmprofile abgehörter Personen in seinen Rechnern speichern und so umsetzen, daß ein Telefonteilnehmer erfaßt wird, selbst wenn er von fremden Apparaten aus telefoniert.

Verschiedene Rechtsexperten halten die Lauschpraxis des Bundesnachrichtendienstes für verfassungswidrig. Der Hannoveraner Rechtsprofessor Jürgen Seiffert urteilt: „Das, was unter den Voraussetzungen von Anonymität als strategische Kontrolle entwickelt wurde, soll zu einem Instrument ausgebaut werden, um global und umfassend Fernmeldekommunikation zu kontrollieren. Das vom BND und von der Bundesregierung zugegebene Anzapfen des Fernmeldeverkehrs im Äther über dem Territorium der Bundesrepublik ist ein Verfassungsbruch. Dieser wiegt umso schwerer, als er mit ausdrücklicher Billigung der Bundesregierung begangen wird.“

Gewarnt hatte auch Eggert Schwan, Professor an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Berlin. Im Vorfeld der Verabschiedung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes ermahnte er die Politiker: „Nageln Sie Türen und Fenster der Geheimdienste ganz fest zu. So fest, daß der Ungeist des Totalitarismus, der sich in deren Räumen eingenistet hat, nie wieder ausbrechen kann. Tun Sie das ganz schnell. Bevor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Ihnen dies abnehmen kann.“

Seine Warnung verhallte ungehört. Die Bonner Regierungskoalition verabschiedete am 11. September des vergangenen Jahres den umstrittenen Gesetzesentwurf. In diesem wurde festgeschrieben, daß der Bundesnachrichtendienst immer dann die von ihm gesammelten Informationen weitergeben dürfe, wenn ein Verdacht auf eine Straftat vorliege.

Diese Regelung ging selbst dem Karlsruher Verfassungsgericht zu weit, im Juli diesen Jahres kassierte es die neue Regelung. Das Gericht hob per Beschluß die Übermittlungsschwelle an: Personengebundene Daten dürfen danach nur dann verwendet und an die Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden, „wenn *bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen*, daß jemand (...) Straftaten plant, begeht oder begangen hat.“ An der Praxis der Fernmeldeüberwachung des Bundesnachrichtendiensts ändert der Karlsruher Spruch freilich gar nichts.

Großer Aufwand – (noch) kleiner Nutzen

■ Der BND überprüft vor allem die Telefongespräche „kleiner“ Leute. Gegen die verschlüsselten Botschaften der organisierten Kriminalität hat er kaum eine Chance

Von Wolfgang Gast

Der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Joachim Jacob, war wohl der erste, der die Dimension der BND-Lauschereien offenlegte: „Nach Aussagen von Insidern muß damit gerechnet werden, daß täglich rund 4.000 Gespräche zur weitern Bearbeitung ausgewertet werden. Das bedeutet, daß zunächst in einem vorangegangenen Schritt mehrere hunderttausend Gespräche betroffener Bürger täglich aufgezeichnet werden.“ Das läßt sich leicht hochrechnen: Pro Jahr werden also mindestens 36 Millionen Gespräche aufgezeichnet. 1,46 Millionen davon werden zur weiteren Auswertung im Pullacher Dienst bearbeitet.

Die inhaltliche Kommunikationsauswertung erfolgt Jacob zufolge in mehreren Stufen. Als erster Schritt wird technisch ein Rasterabgleich mit einer „Wortbank“ durchgeführt, in die „Suchworte“ etwa zu den Bereichen Proliferation oder Rauschgift eingegeben sind. Diese Suchworte setzten die Aufzeichnung des Fernmeldeverkehrs in Gang. Und sie sind, versteht sich, Verschlußsache.

Die so ausgewählten Fernmeldeverbindungen werden dann in einer zweiten Stufe von BND-Mitarbeitern auf ihre konkrete Relevanz überprüft. So groß der in Pullach betriebene Aufwand auch ist, die Ergebnisse dürfen eher mager ausfallen. Im Rahmen einer Anhörung vor der Verabschiedung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes hatte Jacob gewarnt, „daß der Ertrag der Fernmeldeaufklärung bei weitem nicht das bringt, was man sich erwartet...“ Jakob erwähnte verfügbare und leicht zu handhabende Verschlüsselungsverfahren: „Gerade die organisierte Kriminalität dürfte über eine Kommunikationsstruktur und -logistik verfügen, bei der anzunehmen ist, daß solche naheliegenden Schutzmechanismen genutzt werden. Wenn der ‚Fang‘ also im wesentlichen nur aus kleinen Fischen bestehen wird, ist es meines Erachtens unangemessen, mit dem Kescher im Äther täglich in das Fernmeldegeheimnis Hunderttausender Unbeteiligter einzugreifen.“

„Mit dem Kescher im Äther.“ *Foto: Thomas Schmidt*

Die Warnung nutzte nichts, die Kompetenzerweiterung für den BND wurde beschlossen. Und mit ihr wurde eine Regelung geschaffen, die das im Grundgesetz verfügte Trennungsgebot zwischen der Arbeit von Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden an zentraler Stelle unterhöhlt.

Ein einziges Mal hat sich bisher öffentlich auch ein hoher BND-Beamter zur Lauscherei geäußert. Konteradmiral Gerhard Güllich, Leiter der technischen Aufklärung, sagte in einem *Spiegel*-Interview, in dem er vehement für die Ausweitung der Befugnisse seines Dienstes stritt: „Mit unserer ‚Technischen Aufklärung‘ können wir Fernmeldeverkehr über Kurzwelle, Richtfunk und Satelliten empfangen, also alles, was nicht leitungsgebunden ist. Aus der Masse der Informationen filtern wir mit Hilfe von Wortbanksystemen das heraus, was für uns von Interesse ist und im Auftrag des Dienstes liegt. Die Erfassung läuft nach einem gewissen Zufallsprinzip – ich vergleiche es gerne mit einem Staubsauger im Äther.“

Und damit der Staubsauger nicht verstopft werden kann, zieht der Pullacher Dienst schon heu[t] gegen mögliche Verschlüsselu[n]gen zu Felde. Er bedient sich dab[ei] des „Bundesamtes für Sicherh[eit] in der Informationstechnik“ (BSI[)], einer Einrichtung, die ursprüngli[ch] aus einer früheren Dechiffrierab[]teilung des BND hervorgegang[en] ist, aber offiziell eigenständig ist.

Nach Informationen des Leite[rs] des Forschungsinstitutes für Fri[e]denspolitik im oberbayerisch[en] Weilheim, Erich Schmidt-Ee[n]boom, wurde in den geheimen B[e]ratungen des Haushaltskontro[ll]ausschusses für das Jahr 1994 d[ie] Beschaffung eines millionenteur[en] Analyse-Computers beschlosse[n]. Die Anlage soll der Dechiffrierun[g] des Fernmeldeverkehrs diene[n]. Bei der lebhaften Debatte im e[r]lauchten Geheimgremium, beric[h]tet Eenboom, habe die Präsident[in] des Bundesrechnungshofes ge[]sämtliche Abgeordnete für die A[n]schaffung der Anlage gestimm[t]. Der Fachmann, der für das B[SI] den Kaufantrag begründete, w[ar] ein alter Bekannter – der Beamte Gerhard Güllich.

Mann sein allein hat keine Perspektive

Der folgende Text stellt die These auf, das die "Wild-Men" Bewegung ohne ihre antisexistischen Vorläufer in ihrer heutigen Form nicht entstanden wäre. Inwieweit tragen diese Männergruppen bei zum patriarchalen Rollback und was für Konsequenzen erfordert dies für die Männerszene.

Im Gegensatz zur relativen Homogenität der Männerscene der 70'er Jahre hat sich heute ein breitgefächertes Spektrum an Männergruppen, Männerprojekten und der ihrer Vermarktung entwickelt. Am rechten Rand tummeln sich Gruppen wie das „Männerforum Hamburg", der „Verein der Unterhaltsverpflichteten" und diverse Vätergruppen, deren Ziel nicht nur mehr Rechte für die eigenen Kinder sind, sondern auch die Abwehr feministischer Forderungen und die Erhaltung mänlicher Privilegien. Während diese Gruppen noch weitgehend ein Schattendasein führen, erfahren Gewalterfahrungsprediger wie John Bellicchi oder Strickmeister archaischer Männerrollen wie Robert Bly mehr Beachtung. Ob auf dem Büchermarkt, in der bunten Presse, auf Workshops oder Seminaren - an den Wiederbelebungsversuchen altgewordener Männerbilder ist nicht vorbeizukommen. Tenor der geplagten Männer ist der Glaube, daß in der technologisierten Welt ein Mann keine großen Prüfungen mehr zu bestehen hätte. Erst wenn ein Mann an seine körperlichen Grenzen stoße, ließe sich in seinem Leben wieder ein Sinn finden und öffne sich sein Gefühlsleben. Wer alte Western und Kriegsfilme gesehen hat, kennt das Muster. In härtestem Kampf gegen andere und eigene Widrigkeiten, wie z.B. der eigenen Schwäche, werden Männer nicht nur zu Freunden und überwinden ihre gegenseitigen Abneigungen, nein sie finden sogar zu sich selbst und finden ihren "Frieden". Das ganze nennt sich neuverpackt dann „Initiationsriten" und findet seinen politischen Ausdruck in der „Wild Men"-Bewegung, die ihren Ursprung in den USA hat.

In den USA gibt es eine weit größere und vor allem viel institutionalisiertere und vermarktetete Männerscene. Männer sind dort vielfach in Gruppen wie der "Nationalen Koalition freier Männer" oder "Nationalen Männer Organisation" organisiert. Der Raubbau der US-amerikanischen Gesellschaft an anderen Kulturen ist dabei auch in der Männerscene zu bemerken. Hans im Glück schreibt zu den Theorien Bly's in der Graswurzelrevolution: *"Bly sieht dies alles nicht, er hält sich auch nicht lange bei westlichen, weißen Männern auf. Er bezieht sich auf andere Kulturen, auf "Wilde". Diesen dichtet er eine "natürliche Männlichkeit" an. Er idealisiert deren Männergemeinschaften. Wild ist dabei aber nur die Bly'sche Mischung der Beispiele: afrikanische Gesellschaften, ozeanische, nordamerikanisch - indianische Kulturen. Wilkürlich zieht Bly angebliche Belege für seine Theorien heran. Ein oberflächlicher Blick auf angebliche Männerrituale und er fühlt sich bestätigt. Selbstverständlich stellt er nie die Frage nach den dortigen Geschlechterverhältnissen oder auch die nach hierarchischen Beziehungen der Männer untereinander."*

Die "Wild Men" Bewegung erfährt auch hier in der BRD Beachtung. Viele Männer, die sich in der "Softy"-Bewegung nicht wiederfanden, wähnen hier die Möglichkeit für ein "gerechteres" Rollenbild. Entsprach der "Softy" in seinem Klischee dem eines schwachen Mannes aufgrund seiner weiblichen Eigenschaften, so stellt der "Wild-Men" diesem seine archaische Naturgewalt gegenüber. Der "Softy" als Modell alternativer Mänlichkeit existiert heute im Gegensatz zur dominanten "Wild-Men" Ausgabe nicht mehr. Die Abgrenzung zum "Softy" war immer auch politisch bestimmt. Der "Softy" war verbunden mit der radikalen Abwendung von der herkömmlichen destruktiven Männerrolle - und dies mit dem Versuch, sich stärker an der Frauenrolle zu orientieren. Dies beinhaltete zwangsläufig auch die Aufgabe oder zumindest Infragestellung von mänlichen Privilegien. Dieses Mänlichkeitsmodell stieß schon immer auf Ablehnung bei den meisten Männern. Nicht zuletzt aufgrund eben dieser Infragestellung mänlicher Werte an sich. Die Gegenmodelle zum "Softy" entwickelten sich neben tradionellen Männerrollen zum reformierten Macho, der"Wild-Men"-Bewegung. Männer sollten sich an Männern (dem Vater), nicht den Frauen (der Mutter) orientieren und an alten Werten, die traditionell für mänlich gehalten werden. Entschlossenheit, Heldenmut, Führungskraft und Autorität sind nach dieser Theorie nötig, um die wahren Gefühle des Mannes zu wecken. Ein Krieger darf (oder muß sogar) nach geschlagener Schlacht an der Schulter des Freundes oder Vaters Schwäche zeigen, weinen. Das kriegerische Ereignis an sich wird nicht infrage gestellt, sondern mit dem Lauf der Welt erklärt und Gefühle zwar zugelassen, aber nur um letztlich bezwungen zu werden. Das "Softy" Nachfolgemodell-der Mann, der verantwortlich und gefühlvoll mit sich und vor allem anderen umgeht, ist nicht in der Diskussion. Nach der "Softy" -Distanzierungswelle scheint hierfür wenig Platz zu sein. Die gesellschaftliche Stigmatisierung dieses Männerbildes hat ihr Ziel erreicht. Und Bellicchi baut hierauf auf, wenn er sagt daß der "Softy" seinen vorübergehenden Zweck erfüllt habe und nun ein auslaufendes Modell sei. Der "Wilde Mann" - quasi als Weiterentwicklung des "Softys".

Bly geht davon aus, daß keine männliche Sozialisation mehr existiert und er nun wieder eine künstliche erschaffen müßte. Der Mann habe als "Softy" zwar weibliche Anteile aufgenommen, aber keine Einführung in die Männlichkeit. Er übergeht die veränderte Gesellschaftssituation in der durchaus eine

spezifisch männliche Sozialisation vorhanden ist. Zwar nicht mehr so stark durch die Väter und ihre Autorität, aber dafür umsomehr durch Jugendcliquen und übernommene Rollenbilder aus den Medien, die ja nun wirklich nicht dem Bild des "Softys" entsprechen, sondern aktuell eher dem eines coolen und dösig - geil guckenden Micky Rourke.

Georg Brzoska schreibt im "Rundbrief antisexistischer Männer" (Nr. 14 . Feb. 92): *"Bly preist die Leitbilder herrschender Männlichkeit. Er wünscht sich vieles vom Männerbund des 19. Jahrhunderts zurück. Er argumentiert biologistisch. Ein Drittel der männlichen Gene gehören zum Krieger. Er macht aus sozialen Verhältnissen (dem Patriarchat) seine Anthropologie (Männer waren immer so, deshalb ist es gut.). Er betreibt eine Modernisierung der Männerherrschaft."*

Alteingesessene Männerprojekte, wie z.B das Männerbüro in Göttingen, haben sich mittlerweile in diesem Bemühen zu Propagandisten der "Wilden Männer" gemacht. Götz Heindorf organisiert für John Bellicchi Veranstaltungen, und gibt im Namen des Männerbüros Presseerklärungen für ihn heraus. Andere Männerbüros bieten ebenfalls Veranstaltungen mit Bellicchi an. Der ursprüngliche Blick von einem gesellschaftlichen HERRschaftsverhältnis ist einem Individualismus gewichen, der den Mann als Opfer in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Dies drückt sich auch in der Männer- Täterarbeit aus.

Der Mann als Opfer rückt in den Mittelpunkt der Arbeit. Gruppen, die zweifelsohne wichtige Arbeit leisten, wie "Männer gegen Männergewalt", sprechen z.B von "parteilicher" Arbeit mit Tätern. Zwar ist ein Bezug auf die Ängste und Realitäten von Männern unumstritten nötig, jedoch bewegt sich die Männerscene mit ihrem starken Bezug zum Mann als *Opfer* auf einem dünnen Drahtseil.

Mit der Individualisierug von männlicher Gewalt wird ihre politische und gesellschaftliche Dimension aus dem Bewußtsein und der Diskussion verdrängt Dies ist unter anderem gefährlich, weil rechte Männergruppen die "Nöte" der Männer als Ausgangspunkt für ihre Propaganda nehmen. Nach ihnen leiden Männer unter dem Feminismus und müßen wieder zu ihrer ursprünglichen Stärke zurückfinden. Ein undifferenzierter Blick auf den Mann als Opfer schafft eine inhaltliche Nähe zur Blyscher Logik. Eine kritische Männerbewegung muß sich unzweideutig distanzieren von den biologistischen Männerbildern eines Bellicchi und Bly die die Frau per se als gebährmutterhafte und den Mann als phallische, agressive Natur beschreiben. Ansonsten macht sie sich zum Reservoir potentieller Wild-Men Seminarteilnehmer, und schafft damit erst die Voraussetzung für die Entwicklung und das erstarken der "Neuen Männerbewegung".

Ein Problem, in dem wir bei unserer Männerarbeit stecken, ist der Punkt, daß wir zwar sehr wohl unsere Ausgangsbedingung im Patriarchat verbessern können, also ein gefühlvolleres miteinander lernen und besser mit unseren Schwächen umzugehen wissen, aber daß die Geselschaftliche Realität um uns herum davon weitgehend unbeeindruckt bleibt. Das soll heißen, daß wir mit der Aufarbeitung unserer männlichen Defizite in der "Gefahr" sind, unsere privilegierte Situation gegenüber Frauen lediglich ausbauen. Eine fortschritliche Männerbewegung muß deshalb die gesellschaftlichen Verhältnisse im Blick haben und darf sich nicht zu viel oder gar nur noch um sich selbst kümmern. Ausgangspunkt unserer Männerarbeit muß das vergesellschaftete Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern sein. Das Patriarchat eben.

Nicht zuletzt, weil dieses aufgrund des isolierten Blickes aufs Mannsein in den letzten Jahren aus der Wahrnehmung geriet, konnte sich eine Männerbewegung -so wie sie heute dasteht- entwickeln. Die bürgerliche Männerscene lieferte den Bodensatz für die Gewaltphantasien und Workshops der "Wild-Men". Männergruppen tragen immer einen chauvinistischen Kern in sich. Diesen gilt es zu thematisieren und zu bekämpfen. Mit einer Kontrolierbarkeit der Inhalte durch FrauenLesben und einem profeministischen Verständnis. Denn immer noch. Bellicchi wird aufs Männertreffen eingeladen, und der "Moritz" hat Schwerpunkte wie "der innere Krieger". Nach Bly ist 1/3 des Mannes ein Krieger. Angesichts solcher Äußerungen spricht sogar Wilfried Wick davon, daß diese Ausführungen faschistoid seien und der Bezug aufs Mystische lediglich dazu dient, Kritik abzuwehren. So neu sind männliche Initation und die Loslösung von der Mutter eben doch nicht. Und der "Moritz" läßt sich keineswegs über kritische Aspekte der "inneren Krieger Theorie", aus sondern schwelgt in der Überlegung daß der Begriff „Krieger“ aus dem japanischen käme und gar nix schlimmes bedeute. Eine Männerbewegung, die das Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern nicht zum Ausgangspunkt hat und nicht willens oder fähig ist, sich von präfaschistischen Männerbildern wie Blys und Bellicchis zu distanzieren, hält das Patriarchat aufrecht. Die Jahre in denen bei der Männerbewegung von einem antisexistischen Konsens gesprochen werden konnte, sind vorbei. Entweder verhält sich die fortschrittliche Männerscene dazu, bricht mit dem rechten Rand und führt eine Grundsatzdiskussion um ihre Werte, oder sie sollte langfristig besser zu einem verschwindenden Phänomän werden. Denn der Weg zu einer reaktionären Männerlobby scheint sich im anderen Falle abzuzeichnen. Die Männerscene hat viel Gutes geleistet und tut dies auch immer noch. Beziehen wir uns auf unsere Zukunft und nicht auf die hergedichteten vergangenen Wurzeln Blyscher Eisenhänse.

Kapuzenbert

DER LITERATURTIP

NANNI BALESTRINI

I FURIOSI

DIE WÜTENDEN. ROMAN

Veranstaltungshinweis: 21.10. 95 20 Uhr 30 Samstag

im EX, Gneisenaustraße 2a

Lesung mit Nani Balestrini, **DIE WÜTENDEN**, Einleitung: Michael Wildenhain
"I FURIOSI" handelt von den rotschwarzen Brigaden, den Fußballfans des AC Milan.
Es erzählt die gewalttätigen Geschichten der Mailänder Vorstadtjugendlichen
aus deren Sicht: eine präzise und unmoralische Beschreibung.

veranstaltet von: Edition ID - Archiv und Schwarze Risse, Buchladen

EDITION ID-ARCHIV

Fünfter Gesang

Mein Vater ist schon immer Milan-Fan und ging sogar schon hin als er noch klein war im Stadion Colas verkaufen um nichts zu zahlen denn wer das macht zahlt keinen Eintritt er ist immer weiter hingegangen auch nach der Verlobung mit meiner Mutter war es die größte Leidenschaft er folgte dem Milan auch auswärts noch heute hat er eine Dauerkarte und geht immer ins Stadion als ich sechs Jahre alt war nahm er mich das erste mal mit ich erinnere mich daß es ein Lokalderby war das wir 1 zu 0 gewonnen haben aber woran ich mich eigentlich erinnere ist nicht das Spiel das was mich wirklich beeindruckte war das Spektakel der Fans ich schaffte es nicht mehr das Spiel richtig anzuschauen weil mich diese Sprechchöre beeindruckten und all die Dinge die da in der Kurve passierten die Fahnen die Tröten das Feuer die Trommeln mit 11 oder 12 fing ich an alleine hinzugehen ich ging mit Nibbio hin wir wohnten in der gleichen Ecke gingen zusammen ins Stadion standen ganz oben am Rand der Kurve und unten weit unter uns gabs das Spektakel der berühmt-berüchtigten Schwarzroten Brigaden und in meinem Innersten sagte ich mir immer das mußt du auch schaffen da unten bei den Brigaden zu sein

damals glaubte ich nicht daß ich das schaffen würde der zu werden der ich jetzt bin der sogar die Sprechchöre dirigiert aber ich hatte mir zum Ziel gesetzt reinzukommen um bei jenen Gruppen mitzumachen und dann als ich älter wurde habe ich nach und nach Leute kennengelernt die unten standen und so stieg ich von da oben Jahr um Jahr ein paar Stufen in der Kurve runter und an Bedeutung rauf bis ich auch den Ausweis bekam und einer von den Rotschwarzen Brigaden wurde jetzt gibts eine Menge Kids die mich für was weiß ich für einen Star halten und Sachen sagen die mich manchmal zum Lachen und manchmal etwas in Verlegenheit bringen letztens war ich mit der Cincia in einem Laden es war der Geburtstag von ihrem Vater und wir suchten ein Geschenk für ihn da haben die mich von draußen gesehen von draußen durch das Schaufenster und sind reingekommen vier Jungs die ich noch nie gesehen habe die mich ganz aufgeregt begrüßen wollten das ist etwas was ich vor Jahren auch gemacht hätte wenn ich die Gelegenheit gehabt hätte einen von denen zu treffen die ich unten an der Absperrung die Sprechchöre anstimmen sah und den ich als ich ganz oben stand für unerreichbar hielt das zog mich unglaublich an und das wollte ich erreichen

es gefällt mir mit Freunden hinzugehen und den Milan anzuschauen alleine gehe ich vielleicht ein Heimspiel anschauen aber bis runter nach Neapel zu rattern wie wir das zum Beispiel morgen tun sowas mache ich nur aus Lust gemeinsam mit meinen Freunden was zu machen nicht nur wegen dem Milan und dem ganzen Rest und so ist es immer gewesen und Nibbio und Zigolo und all die anderen Freunde bei den Brigaden machten wir mit weil wir Leute kennenlernten die sagten hey kommt zu den Versammlungen die sie damals noch bei den Säulen von San Lorenzo abhielten in einer kleinen Bar wo Jo Squillo sang auch sie Milanistin hat man sich getroffen ich studierte damals Werbegrafik jetzt habe ich mit meinem Vater eine Baufirma ich arbeite als Maurer Weißbinder und so da brauchten die jemanden der zeichnen konnte die Aufkleber die Ausweise und die ganzen Sachen machen meine Zeichnungen kamen sehr gut an und von dem Moment an war ich der Grafiker bei den Brigaden sie nannten mich Der Grafiker

ich war ihnen sympathisch und es war mein Glück daß der der die Eintrittskarten verwaltete einer war der schon etwas älter war und jemanden brauchte der in seiner Nähe blieb und die Sachen lernte unter der Woche läuft das nämlich so daß du auf den Versammlungen die Vorbestellungen aufnimmst die Fans kommen dort hin und sagen ich will eine Karte oder ich will so und so viele du notierst das und dann mußt du die Eintrittskarten beim Vereinssitz vom Milan holen und dafür gibt dir der Milan 100 Karten umsonst die kriegst du jeden Sonntag die 100 Karten verkaufen wir um unsere Unkosten zu bestreiten doch die meisten werden für nur 5 000 Lire an die Leute verkauft die sich wirklich reinhängen an den der die Trommel mitbringt der die Schals verkauft den der die Aufkleber verkauft kurz der Typ der das organisierte brauchte jemanden der diese Sachen lernte und so hat er mich ein Jahr an seine Seite genommen und dann hat er alles in meine Hände gelegt und so habe ich das Ganze in die Hand bekommen

kurze Zeit später geschah es auch daß ich im Stadion all meinen Mut zusammenraffte auf die Absperrung kletterte und einige Sprechchöre anstimmte da gab es vorher zwei andere die die Sprechchöre dirigierten und die inzwischen auch ziemlich alt waren und drauf und dran aufzuhören und so nutzte ich die Gelegenheit um der zu werden der die Sprechchöre die Gesänge anstimmt die dann alle im Stadion mitsingen müssen kurz am Ende

war ich für alles zuständig wenn einer eine Karte wollte kam er zu mir wenn einer eine Information brauchte gab es nichts was ich nicht wußte kurz ich lebte für den Milan hatte nie einen Moment Zeit schaffte es gerade so eben mit der Schule klarzukommen ein unglaubliches Leben das ich jetzt nicht mehr führen würde weil mein Leben derzeit von anderen Interessen und Sehnsüchten bestimmt ist aber zwei Jahre lang ist das mein ganzes Leben gewesen meine Mutter sagte zu mir du lebst von Wasser und Milan sagte meine Mutter immer

jetzt mache ich nur noch das auf der Absperrung das ist die absolut wichtigste Sache dort wirst du von allen geschätzt und respektiert das Mikrofon in der Hand dirigiere ich die Chöre und muß die ganze Begeisterung am Laufen halten zum Beispiel mittwochs wenn die Pokalspiele sind ist es oft ein bißchen lahm die Leute singen nicht und dann werde ich stinkig und halte ihnen eine fünfminütige Predigt beleidige sie ihr wollt die Kurve sein der Mythos des AC Milan der Block der 20 Jahre Geschichte hat ihr kommt hierher und denkt nur daran euch eure Joints reinzuziehen eine Sache die das Allerheiligste ist aber wenn du hier bist ohne ein Mindestmaß an Begeisterung dann ist es besser wenn du woandershin gehst und es dir woanders anschaust dann ist es besser wenn du nicht hierher in die Kurve kommst geh woandershin das Stadion ist groß genug da ist Platz für alle und wie im Leben gibt es welche die bloß glotzen und dann gibt es aber auch welche die die Sache voll durchziehen und leben wie mein Vater der Milanist ist auch einer der heute nicht hierher kommt weil er das Spiel auf eine andere Art lebt und wenn es euch hier nicht paßt dann geht ins Kino heute ist Mittwoch und es ist sogar billiger wenn ihr aber hier bleibt dann müßt ihr singen und schon applaudieren mir alle und dann singen alle

auf der Absperrung zu stehen ist total anstrengend man muß zwei Stunden lang durchgehend schreien manchmal frage ich mich warum ich das tue morgen zum Beispiel fahr ich nach Neapel ich weiß jetzt schon daß ich müde sein werde wenn ich da ankomme Reise Zug du kiffst bist breit trinkst und wenn ich am Stadion ankomme werde ich gar keine Lust haben es zu tun so geht es mir jeden Sonntag aber dann ist es stärker als ich wenn ich erstmal da bin scheint es mir daß ich in eine Rolle schlüpfe ein wesentliches Rädchen im Getriebe bin wenn ich mich nicht drehe läuft das Ganze kaum und dann sind da noch alle die mich antreiben auf mach auf los rufen die mich Falco Falco los los da sind 300 Personen die deinen Namen rufen und so gehst du und kaum steigst du hoch applaudieren sie dir ich beginne immer in der gleichen Art ich grüße mache ein paar Witze Hallo Leute was macht ihr für nen Scheiß wir sind live auf Sendung ich weise nochmal darauf hin daß uns alle Scheißer Italiens zuschauen und dann stimme ich die Chöre an unsere Chöre sind spontane Sachen auf Melodien die alle kennen da gibt es einen den wir immer singen *Weil der Milan stark ist alé* auf die Melodie der Stangata und wenn dieser Gesang ertönt geht es im ganzen Stadion ab vor Begeisterung

die wenigen Male wenn sie Gutes über uns berichten sagen die Zeitungen daß wir der zwölfte Spieler auf dem Feld sind wegen der Unterstützung die wir der Mannschaft geben aber in Wirklichkeit sind wir der Milan nicht die Spieler wer den Rythmus des Spiels aufrecht hält sind wir da gibt es die Momente in denen wir loslegen und die Spieler laufen dann schneller die hören uns wir geben ihnen den Antrieb das ist das was zählt das was die Leute fühlen die in der Kurve stehen stolz sein zu etwas zu gehören und deshalb denken wir uns immer neue Chöre aus einmal ist ein Junge zu mir an die Absperrung gekommen und sagt zu mir Falco Falco hör mal warum machen wir nicht vor *Weil der Milan stark ist alé* einfach das

Los Milan
Milan alé
Los Milan
Mailand ist mit dir
an deiner Seite sind wir immer
von dir genug krieg ich nimmer
du bist das Allerschönste hier

und dann weiter mit *Weil der Milan stark ist alé* ich war da und hielt das Mikrofon zu weil da immer Leute kommen die meinen mach dies mach das aber

während ers mir aufsagte bekam ich Gänsehaut ich habs dann gleich über das Mikrofon gesagt und es gab einen Applaus der nicht mehr aufhören wollte die Leute klatschten und waren glücklich über jene Worte

es gibt auch ein englisches Lied das wir singen das ist die Hymne vom FC Liverpool das ist *Walk on* ein Lied aus den 60er Jahren das die Fans vom Liverpool zu ihrer Hymne gemacht haben der Refrain geht so

Walk on walk on
with hope in your heart
and you'll never walk alone
you'll never walk alone

einer von uns hatte die Platte mit diesen Chören für die bei denen niemand ist der sie mit dem Mikrofon vorgibt die legen spontan los dieses *Walk on* geht los das klingt wie ein Schrei der aus der Ferne näher kommt und so haben wir es auch zu lernen versucht wir mußten Zettelchen machen wo draufstand wie es geschrieben wird weil viele *Welcome* sagten also Willkommen statt *Walk on* wir sind rumgelaufen haben erklärt was es heißt und alles bis wir es schafften das Lied zu singen und es hat uns in ganz Europa berühmt gemacht weil wir es gesungen haben als die Fans vom Liverpool an den Absperrungen in Sheffield zerquetscht gestorben sind das ist Samstag passiert und wir hatten Sonntag das Spiel gegen Real Madrid Pokal der Pokalsieger das wir 5 zu 1 gewonnen haben ein unvergeßliches Spiel

wir bereiteten ein Transparent vor auf dem stand SHEFFIELD YOU'LL NEVER WALK ALONE es gab die Schweigeminute und wir waren bereit das Lied zu singen und das Transparent rauszuhängen stattdessen hat der Schiedsrichter ein Schwede gleich das Spiel anfangen lassen wir hängen das Transparent raus aber die Sache schien da schon gelaufen dann aber hält er plötzlich das Spiel an und legt sich für die Schweigeminute den Ball zwischen die Füße verdammt ich hatte in dem Moment nicht mal das Mikrofon ich bin auf die Absperrung geklettert und ohne Mikrofon so wie die das machen haben wir losgelegt mit dem Lied ich hab das Video zuhause ab und zu schau ich es mir wieder an und ich kriege Gänsehaut alle Spieler stehen kerzengerade und dann hört man das ganze Stadion im Stehen klatschen man sieht den Schiedsrichter der zu mir rüber schaut weil er den Chor hört man sieht sehr gut den Chor der aufsteigt *And you'll never walk alone* auch wenn ich das jetzt erzähle bewegt mich das die haben es sechs Monate lang auf allen englischen Sendern gezeigt mindestens einmal am Tag haben sie es gezeigt wir haben total viele Briefe von englischen Fans bekommen ihr seid echte Freunde und wir werden unser ganzes Leben lang eure Freunde sein

da in der Kurve sind wir 17 000 alle Mitglieder bei den Rotschwarzen Brigaden aber die Leute die alle Auswärtsspiele mitmachen sind nicht mehr als ein Tausend 1 500 höchstens und die sind es die dir die Freude bereiten etwas zu erleben das über den Milan hinausgeht weil dort verdammt gibt es Momente in denen du Sachen erlebst daß du den Milan vergißt dort riskierst du das Massaker riskierst in den Knast zu gehen riskierst alles Mögliche und in den Momenten denkst du wirklich überhaupt nicht an den Milan du bist in den Momenten mit deinen Freunden deiner Gruppe eine kollektive Sache und du zählst was in den Köpfen der Kids diese Sache wird dir durch die ganzen Kids die du immer im Schlepptau hast richtig klar die Kids die froh sind da zu sein mit

den Steinen in der Tasche wenn was abgeht dann drehst du dich einen Augenblick um und hast zweihundert Kids hinter dir die wissen daß du derjenige bist der losgeht und die Geschichten abzieht die Kids wissen das

es gibt verschiedene Gruppen alle haben ihr Symbol ein Wiedererkennungszeichen etwas das sie als Gruppe von Freunden zusammenhält du kannst einen Drachen nehmen ein Halstuch ein T-Shirt du kannst jeden Scheiß den du willst nehmen was weiß ich du kannst auf die Jacke genähten Tinnef nehmen und dann werden sich alle von der Gruppe wiedererkennen weil sie diesen Tinnef haben oder sie haben die gleichen Mützen die niemand anders haben kann wir zum Beispiel in unserer Gruppe sind alle tätowiert also muß wer auch immer mit uns kommt um ein Spiel anzuschauen tätowiert sein und wer es noch nicht ist wird sich tätowieren lassen müssen weil es halt so ist und dann hat jede Gruppe ihre Fahne die kennzeichnet ihr klar abgestecktes Territorium in der Kurve und so basteln sich die Leute von jeder Gruppe ihre Fahnen ihre Standarten und bringen sie jeden Sonntag mit hoch in die Kurve in ihre Zone ihr Territorium ihre Trommeln ihre Instrumente bringen jedesmal alle ihre Sachen mit hoch in die Kurve und dort bauen sie sich dann mit ihren Fahnen und den ganzen Sachen auf

stell dir mal dieses Spektakel vor zig Gruppen alle mit ihren riesigen Fahnen die Fahne von den Rebelott mit dem Joker von Batman drauf die von der Armada Mandragora mit dem Kopf einer Bulldogge dann gibt es noch die Metal Militia und die Sconvolts die Patoo Group und die Brigaden aus den verschiedenen Regionen Italiens die größte kommt aus der Campania vor allem Gruppen aus Battipaglia und Eboli es gibt welche aus Venetien die von der Drunk Company aus Treviso und die ganzen anderen derzeit gibt es in der Kurve 50 Fahnen 20 Trommeln die Lautsprecheranlagen und all das jede Gruppe hat ihre Fahne doch keine Gruppe kann sich einen anderen Schal machen denn der Schal darf nur der von den Rotschwarzen Brigaden sein der ist für alle gleich und alle müssen ihn haben weil es zu schön ist wenn alle aufstehen und mit den Schals zwischen den Händen sanft hin- und herschaukeln wie ein Meer das sich bewegt von außen betrachtet ist das eine sehr schöne Sache es ist die Choreografie und dann darf es auch nur ein Transparent geben nur ein einziges riesiges Transparent auf dem draufsteht ROTSCHWARZE BRIGADEN schön riesengroß klar sauber

es gibt auch noch Standarten und Transparente die eigens gemacht werden um Botschaften auszutauschen besonders beim Derby wo immer der Transparente-Kampf tobt da gibt es eine sehr schöne Geschichte die in Rom passiert ist als die Fans von AS Rom ein Transparent vorbereitet hatten auf dem MAGISCHES ROM stand und sowas ähnliches wie SCHAU HINAUF IN DEN HIMMEL UND DU SIEHST DAS EINZIGE WAS GRÖSSER IST ALS DU aber die von Lazio Rom hatten unter der Woche einen Tip bekomen und haben in der anderen Kurve als Antwort ein Transparent rausgeholt auf dem stand NATÜRLICH ER IST WEISSHELLBLAU also die Farben von Lazio und dann gibt es noch Transparente die man wegen Sachen macht die passiert sind wie vergangenes Jahr als ein Fan von Atalanta nach den Angriffen der Polizei an einem Herzinfarkt gestorben ist daraufhin hatten sich am nächsten Sonntag alle Fan-Kurven Italiens abgesprochen und haben ein Transparent rausgehängt DER TOD IST FÜR ALLE GLEICH

diese Transparente sind die Wandzeitungen der Kurve du hängst sie raus wenn du den Gegnern Botschaften mitteilen willst oder der Öffentlichkeit dem Stadion und den Spielern wie vor Jahren als der Milan nicht gut spielte und wir geschrieben haben WIR SIND DER 12. SPIELER AUF DEM FELD UND WO BLEIBEN DIE ANDEREN 11?

wir sind eine eigene Gruppe auch weil wir alle aus demselben Stadtteil kommen wir treffen uns immer in unserer Zentrale früher war unsere Gruppe größer jetzt sind einige weg Orchetto ist weg einige drücken andere kommen aus persönlichen Gründen nicht mehr oder wegen der Polizei es geht ihnen am Arsch vorbei noch was zu riskieren aber unsere Gruppe ist eine die bei voller Stärke ohne Probleme auf 80 bis 90 Leute kommt Leute die wirklich zu allem bereit sind und eine gewisse Überzeugung haben aber man muß sich laufend darum kümmern eine Gruppe wie unsere ist eine Gruppe die nie eingeht aber es ist eine Gruppe die man immer neu aufstacheln muß und das ist die Aufgabe von uns Denkern in der Gruppe bei uns gibt es einen Haufen Leute wie Picchio und Marabù oder auch Bubo alles Leute die okay sind aber keine Denker es ist so daß sie nur wütend sein können schreien und zerstören aber sie sind keine Denker

während man ja auch bedenken muß daß die Zeiten sich ändern die Leute sich ändern das Stadion sich ändert die Beziehungen zur Polizei sich ändern alles wenn es da vor Jahren eine Riesenhauerei gab war da nicht mal ein Polizist um hey zu sagen aber heute kannst du diese Sachen nicht mehr machen heute hat sich alles geändert die Haltung von den Leuten hat sich verändert das was außerhalb des Stadions ist hat sich verändert früher bist du ganz ruhig nach Neapel hast das Auto genommen wenn du heute mit dem Auto fährst kommst du garantiert zu Fuß zurück sie geben dir einen gepanzerten Zug um nach Neapel zu fahren mit zwei Hubschraubern die bis Neapel über dem Zug hinundherfliegen alles hängt davon ab was passiert wenn du ruhig bleibst und machst was sie sagen wenn du den Spezialzug nimmst geht alles gut wenn du aber da hinkommst und sagst mit mir nicht ich steig nicht in den Spezialzug ich fahr nach Neapel wie es mir paßt dann versuchen sie dich festzuhalten und dann gibts Krawalle Zusammenstöße aber später um 3 Uhr Morgens halten sie niemanden mehr von uns auf und wir steigen ein schlagen alles kurz und klein und man sieht die Bullen weglaufen und am Ende sind wir alle drin

Kampf dem Faschismus im Ostharz!

Nazizellen angreifen!
Unterstützt die AntifaschistInnen in den vom faschistischen Terror betroffenen Regionen!

Durch die Ende `92 erfolgten Parteiverbote (NF, DA, NO) und spätestens durch die nach Fulda einsetzende Repression gegen faschistische Organisationen, strukturierte sich die NS-Szene um. Seit dem wird versucht, ein Netz von nach außen selbstständig auftretenden und intern streng hierarchisch organisierten Zellen aufzubauen. Dabei spielen die NF, bzw. deren Nachfolgeorganisationen, eine Vorreiterrolle. Das zeigt sich besonders in den Neuen Bundesländern, da die **SrA (Sozialrevolutionäre Arbeiterfront** - nach der Spaltung der NF aus dem **POHL-HUPKA** Flügel hervorgegangene Kaderorganisation) ihren Sitz nach Berlin/Brandenburg verlegte. Die für eine Zellenstruktur notwendige Basisarbeit wurde von ehemaligen Führungskadern der NF, vor allem im Großraum Berlin und im Ostharz verrichtet (Berlin/Brandenburg - **ANDREAS POHL**; Sachsen-Anhalt/Ostharz - **STEFFEN HUPKA**). Im Raum Berlin/Brandenburg konnten die Nazikader auf schon bestehende NF-Kameradschaften zurückgreifen und ihre Struktur schnell und effizient ausbauen.

Im Harz war die Ausgangslage etwas anders. Es gab im Städtedreieck Quedlinburg-Halberstadt-Wernigerode eine starke faschistische Szene, die allerdings unorganisiert oder durch die FAP-Wernigerode beeinflußt war. Besonders die Szene in Quedlinburg erlangte durch die rassistischen Progrome im September `92, bundesweit Beachtung.
Deshalb war es nicht weiter verwunderlich, daß der **SrA**-Kader **STEFFEN HUPKA** Ende `93 nach Quedlinburg zog. Hier brauchte er nur noch das vorhandene Potential zu organisieren und zu schulen. Getreu dem Konzept der selbstständigen faschistischen Zellen geschah das nicht unter dem Namen **SrA**, sondern als sogenannter **„UNABHÄNGIGER ARBEITSKREIS“** (UA). Nach Festigung der Struktur (Schulungen, Seminare, Wehrsportübungen) wurde das Konzept auf die umliegenden Städte und Kreise ausgeweitet. So traten in der Umgebung Quedlinburgs weitere Zellen unter Namen wie **„HARZER HEIMATSCHUTZBUND“** (Thale) und **„AUFBRUCH“** (Blankenburg) in Erscheinung. Diese Gruppen bilden zusammen die **„HARZFRONT“**. Diese Struktur wird von **HUPKA** koordiniert. Dafür spricht das von **HUPKA** angemietete Postfach in Quedlinburg, welches als Kontaktadresse für den **„UA“** und die **„HARZFRONT“** fungiert.
Über ein anderes Quedlinburger Postfach wird das von **Hupka** herausgegebene Strategieorgan **„Umbruch“** vertrieben. Der **„Umbruch“** gilt als bundesweit wichtigste Strategieschrift zum Nazizellensystem. Die **„Harzfront“** ist allerdings nicht isoliert, sondern arbeitet in Form des **„DEUTSCHEN FREUNDESKREIS NORDHARZ“ (DFN)** mit anderen neonazistischen Organisationen **(FAP, NPD/JN, DLVH...)** zusammen .
Der **DFN** nimmt somit eine zentrale Rolle bei der Koordinierung faschistischer Aktivitäten im Harz ein und ist eine Schnittstelle zwischen militanten Nazizellen und legalen neofaschistischen Parteien. Als Organ des **DFN** dient der **„NORDHARZER INFODIENST“**, in dem über gelaufene Aktivitäten und die voranschreitende Aufbauarbeit berichtet wird.
Durch das Verbot der **FAP** wurde die Wernigeröder Kameradschaft, die mit 60-70 Mitgliedern die größte in der Bundesrepublik war, in das **SrA**-Zellensystem gedrängt. War bisher **THORSTEN HEISE**, komissarischer Landesvorsitzender der **FAP** Sachsen-Anhalt, Drahtzieher der NS-Szene in Wernigerode, so übernahm **STEFFEN HUPKA** jetzt diese

Funktion. Somit arbeiten die FaschistInnen im Ostharz, über ehemalige Parteigrenzen hinaus, zusammen. Diese Zusammenarbeit äußert sich in massiver identischer Propagandaarbeit (insbesondere zum 8. Mai), der Organisierung von Faschokonzerten in Wernigerode und Hedersleben (Quedlinburg), sowie vielen militanten Aktionen gegen Antifas und ihre Treffpunkte. Desweiteren fanden häufiger gemeinsame Treffen in Quedlinburg und Wernigerode statt, bei denen Neonazis aus verschiedenen Städten und Regionen als Ordner eingesetzt wurden.
In letzter Zeit betreiben vor allen die Quedlinburger Neonazis massive Anti-Antifa Arbeit. So wurden Flugblätter verteilt, in denen Antifas namentlich denunziert wurden und das Quedlinburger alternative Jugendzentrum **„Reichenstraße 1“** nach mehrfachen erfolglosen Angriffen als Ausgangspunkt von **„Antifaterror“** bezeichnet und dessen Schließung gefordert wurde. Die daraufhin in der Stadtverwaltung ausgelöste Diskussion um die Schließung des Jugendzentrums, war ein Erfolg der Anti-Antifa.
Darüberhinaus wurden einzelne Antifas mit fingierten Anzeigen überhäuft (allein 16 laufende Ermittlungsverfahren bei einem einzelnen Antifaschisten), die eine Kriminalisierung der Antifa Ha/Qu nach sich zog (siehe VS-Bericht Sachsen -Anhalt 1994).

Die faschistische Organisierung konnte deshalb so gut voranschreiten, weil anfangs kein nennenswerter antifaschistischer Widerstand vorhanden war. Nach der Verfestigung der faschistischen Strukturen war es für uns relativ schwer, dem wirkungsvoll entgegenzusteuern. Das liegt zum einen an der relativ schwachen Antifaszene in der Region und zum anderen an dem schlecht angreifbaren Zellensystem, sowie schlechter Mobilisierungsfähigkeit unsererseits.

Nach vielen antifaschistischen Aktionen sind wir zu der Erkenntnis gekommen , daß „althergebrachter“ Antifawiderstand an diesem rechten Netz seine Grenzen findet. Daraus ergibt sich zwingend, daß ein Umdenken von reagierenden auf agierenden Widerstand nötig ist. Das bedeutet, daß wir mit eigenen Inhalten auftreten müssen, um aus unserer momentanen Defensivposition herauszukommen.
Antifaschismus darf deshalb nicht zu einem reinen Anti-Nazi-Kampf verkommen, auch wenn uns die bisherige politische Situation im Ostharz dazu zwang. Wirksamer Widerstand bedarf allerdings der Überwindung des „Stadt-Land-Gefälles“, d.h. der antifaschistische Kampf muß den regionalen Gegebenheiten angepaßt werden und muß gezielt in den faschistischen Hochburgen am größten sein. Das bedeutet, daß AntifaschistInnen auch aus den Ballungszentren, ihre geschaffenen Freiräume verlassen und ihre Energie in die vom faschistischen Terror betroffenen Regionen investieren und Solidarität mit dort ansässigen antifaschistisch engagierten Menschen üben.

Solidarität ist eine Waffe!

Kommt zur bundesweiten Demonstration nach Quedlinburg!

Demokonzeption:
Das Ziel dieser bundesweiten Demonstration ist es, die faschistischen Strukturen nicht als gegeben hinzunehmen. Das bedeutet für uns, durch Öffentlichmachung dieser Strukturen und ihrer Drahtzieher, diese angreifbar zu machen bzw. anzugreifen. Ebenso wollen wir mit dieser Demonstration, den antifaschistischen, linksradikalen Widerstand im Ostharz stärken und antifaschistisch orientierten Menschen wieder Mut machen, selbst aktiv zu werden. Diese Demonstration ist nur ein Höhepunkt in einer ganzen Reihe gelaufener und künftiger Aktionen. Dabei geht es uns nicht nur darum, die faschistische Organisierung allein zu thematisieren, sondern vor allem auch darauf zu verweisen, welche Funktion der Neofaschismus für das bestehende Gesellschaftssystem hat und welche faschistoiden Ansätze dieses in sich birgt. Unser Ziel ist es, Menschen außerhalb der linksradikalen Szene zu politisieren und sie zu eigenem selbstbestimmten Handeln zu motivieren. Mit der Schaffung eines antifaschistischen Klimas wird es möglich, den FaschistInnen ihr Umfeld zu nehmen. Uns ist es wichtig, mit dieser Demonstration antifaschistische und revolutionäre Gedanken auf die Straße zu bringen. Unserer Meinung nach findet ein Anti-Nazi-Kampf ohne neue Ansatzpunkte und Aktionsformen an dem bestehenden Nazizellensystem seine Grenzen. Da die Faschisten nicht mehr an starre Organisationsformen mit Statut und Parteiprogramm gebunden sind, können sie wesentlich flexibler auf sich verändernde Situationen reagieren und sind somit für uns schwerer anzugreifen.
Die Demonstration wird einen revolutionären Anspruch haben, der aus einem passiven Widerstand einen aktiven macht. Aktiver Widerstand bedeutet für uns weg zu kommen vom alleinigen reagieren auf faschistische Gruppen und ihre Aktivitäten, hin zu einem offensiven vorgehen gegen ihre Ursachen, gegen daß imperialistische System. Sie wird deshalb einen offensiven Charakter haben und ist ausdrücklich keine Bündnisdemonstration. Zu dieser Entscheidung sind wir gekommen, da wir in Quedlinburg schlechte Erfahrungen mit Bündnissen gemacht haben, die uns Kompromisse aufgezwungen haben bzw. politische Aktionen zu vereinnahmen suchten. So können wir nach unserem autonomen Selbstverständnis demonstrieren und dieses in die Öffentlichkeit tragen. Diese Demo ist somit ein Signal, ein Signal an die FaschistInnen und eine Signal auch an diesen Staat, der selbst hier in Quedlinburg versucht, durch massive Repressionen, autonome Strukturen zu zerschlagen. Dieses Signal soll jedoch rein politischer Natur sein, was bedeutet, daß diese Demonstration in jedem Fall friedlich verläuft. Eine unfriedliche Demonstration würde unsere politischen Ambitionen zum Scheitern verurteilen.

KOMMT ZUR BUNDESWEITEN ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION AM 04.11.1995 NACH QUEDLINBURG!

Treffpunkt: 12.00 Uhr Carl-Ritter-Platz Quedlinburg

Antifa Ha/Qu, Gegenstrom Göttingen, AMA Hamburg, Antifa Halle, Antifa Dessau, Antifa Merseburg/Querfurt, ARAG Hannover, Sprengel Antifa Hannover, Autonome Antifa (M), Antifa West Braunschweig, Antifa Jugendfront Braunschweig, Antifa Jugend Goslar, Antifa Wolfenbüttel, Aktifa Aschersleben, Antifaschistische Gruppe Blankenburg, Antifa Oberharz, Antifa Wernigerode, AntifaschistInnen aus Hildesheim und Umgebung

Kontakt über:: Antifa Ha/Qu, PF 42, 06493 Ballenstedt

Göttingen `95:
Einheiz oder Einheitstag?

Obwohl wir seit längerem Kritik am Göttinger Demokonzept haben, sind wir auch dieses Jahr zur Demo anläßlich des Deutschen Einheitstages am 2. Oktober nach Göttingen angereist. Schon im Vorfeld der geplanten Demo stellte sich bundesweit das Problem, daß nur spärliche und z.T. falsche Infos aus Göttingen kamen (nicht Schuld der GöttingerInnen). Was wir dann dort in den nächsten zwei Tagen erlebten, hat uns bewogen dieses Kritikpapier zu schreiben.
Es geht uns in diesem Schreibsel nicht darum die Antifa (M) zu diffamieren oder anzugreifen, da wir Verständnis dafür haben, daß sie sich unter den gegebenen Umständen (Verantwortlichmachung durch die Bullen und PolitikerInnen für alles, was passiert und 129-Verfahren gegen 17 Personen) von der Vorbereitung und Durchführung der Demo distanziert hat.

Hauptsächlich geht es uns in diesem Papier darum, daß sich die Kritik an der Konzeption des Schwarzen Blockes (SB) vollkommen bewahrheitet hat. Die Erwartungen, die wir an die Durchsetzung des SBs als Bestandteil und Ausdruck militanter Politik hatten sind enttäuscht worden. Besonders in Anbetracht der Tatsache, daß die staatliche Repression dieses Jahr erstmalig wieder in so extremer Form vorhanden war, wäre es unbedingt nötig gewesen die Handlungsfähigkeit des revolutionären SBs unter Beweis zu stellen.
Das bereits angesprochene Problem der Desinformation führte dazu, daß wir in Erwartung wesentlich massiverer Vorkontrollen und Bullenpräsenz entsprechende Vorbereitungen umsonst getroffen hatten. Was uns am späten Nachmittag des 1.Oktobers tatsächlich erwartet hatte, stand im keinem Verhältnis zu unseren Befürchtungen.
Vor Ort erfuhren wir dann zum erstenmal, daß eine für den 2. Oktober ab 17.00 Uhr genehmigte Ersatzveranstaltung der Grünen als Ausgangspunkt der Demo, anstelle der verbotenen Agit-Prop-Aktion und eigentlichen Demo, dienen sollte. Da die Antifa (M) aus den bekannten Gründen aus der Organisation ausgestiegen war, war jede zentrale Planung zusammengebrochen.

Das Konzept der GöttingerInnen (Gös) war trotz klarer Aussagen der Bullen, die dahin gingen, daß an diesem Tag in der Stadt keine vermummte Demo stattfinden werde, einen defensiven SB durchzuziehen, der erst bei einem direkten Angriff der Büttel offensiv agieren sollte. **Einerseits ist es unrealistisch, daß der SB erst aktiv wird, wenn die Pigs ihn angreifen, denn dann ist es zu spät, andererseits wäre ein offensiv-*zentrales* Vorgehen an diesem Tag nicht möglich, ein offensives Agieren aber nötig gewesen, allein um auf die Repression der Bullen zu antworten. Ein alternatives Konzept hätte daher schon im Vorfeld von den Gös entwickelt werden müssen. Denn wir konnten nicht -und das war uns klar- als Auswärtige in dieser kurzen Zeit ein anderes Konzept aufstellen und waren für effektive, eigenständige Aktionen zu wenig Leute.**
Im Laufe der sich am Abend anschließenden Diskussionen zeigten sich konfuse und obendrein widersprüchliche Vorstellungen zur Funktion und Durchsetzung des SBs (Folge der Göttinger Politik mit und um den SB?). Unser Problem dabei war, daß die Gös den Schwerpunkt nicht auf die eigentliche Funktion, ein offensiv militantes Auftreten, sondern auf die Symbolik legten. **Allerdings darf die Symbolik nicht die Funktion ersetzen, wie das hier wohl der Fall ist.** Darüber hinaus träumten einige Gös immer noch von einer positiven Resonanz in der bürgerlichen Presse, wenn nur defensiv aufgetreten wird. **Ein SB kann nur handlungsfähig und Ausdruck militanter Politik sein, wenn er die bürgerliche Meinung, die immer die Politik der Herrschenden reproduziert, nicht beachtet!**
Die Konzeptlosigkeit drückte sich desweiteren darin aus, daß es zum Schluß nicht mal mehr um die Durchsetzung eines SB, sondern nur noch um die einer Demo an sich ging.

Erst am 2. Oktober gegen Mittag zeigten die Bullen verstärkt Präsenz in der Stadt. Zu diesem Zeitpunkt waren wir immer noch entschlossen unsere Kritik zwar vorzutragen, aber an der Demo teilzunehmen. Auf dem letzten Vorbereitungstreffen zur Demo machten VertreterInnen der Grünen klar, daß eine Demo nur ohne Vermummung und unter Bullenspalier möglich ist. Weiterhin gaben Personen einer bestimmten Göttinger Gruppe, die sich

nochmals von der Demo distanzierten eine realistische Lageeinschätzung ab, aus der klar wurde, daß der Versuch eine vermummte Demo durchzusetzen bedeuten würde "ins offene Messer zu laufen".
Daraus ergab sich eine völlige Handlungsunfähigkeit in Bezug auf radikale und militante Inhalte. **Unsere auf diesem Treffen angebrachte Kritik wurde nicht verstanden bzw. nicht wahrgenommen.** Stattdessen gab es noch utopisches Gerede, daß die vorhandenen Möglichkeiten so weit wie es geht ausgenutzt werden sollten, obwohl von selbigen Personen vorher eindeutig festgestellt wurde, daß es "an diesem Tag keine Antwort auf den Bullenstaat gibt". Hier zeigt sich erneut die langfristig geäußerte Kritik am Göttinger Konzept, nämlich daß der SB hier nur abhängig von der Gnade der Bullen läuft und gelaufen ist. Trotz der von vielen erkannten Unmöglichkeit eine Demo nach unseren Vorstellungen durchzuführen, wurde diese beschlossen. **Für uns verdeutlichte diese Diskussion die Arroganz der Gös und die ihre Unflexilibität, also die totale Versteifung auf ein zu diesem Zeitpunkt klar gescheitertes Konzept.**

Daraus ergab sich für uns die Konsequenz nicht an der Demo teilzunehmen, da die Bullen mit ihrer Taktik eine ausweglose Situation geschaffen hatten, entweder unter ihren Bedingungen zu demonstrieren oder uns von ihnen einmachen zu lassen.
Als sich der Beginn der Grünenveranstaltung näherte zeigten die Büttel an bestimmten Orten (Juzi, Marktplatz) starke Präsenz, die Vorkontrollen waren jedoch eher lächerlich. Nach der Veranstaltung mit guten und interessanten Redebeiträgen (u.a. vom Komitee 129 und aus Frankfurt) formierte sich reichlich unkoordiniert die Demo. Sie konnte sich mit ihren ersten (ca. vier) vermummten Reihen knapp 100 Meter fortbewegen bis die Bullen die Straße vorne total dicht machten. Hier geschah das von uns befürchtete:
Als die Bullen einige Schritte vorrückten und durch das Schlagen der Knüppel auf die Schilde die Demo einschüchterten, wich ein Großteil der Demo zurück, ließ die vorderen Reihen alleinstehen und diese verunsichert, entmummten sich bei der dritten Aufforderung der Bullen. Die begannen logischerweise sofort alle Leute abzufilmen und zu fotografieren. Die Bullen ließen die Demo dann mit Spalier und unter ihren Bedingungen weiterlaufen.
Durchgesetzt wurde lediglich, daß die Demo am Juzi und nicht an ihrem Anfangsort endete. Als nach dem Ende der Demo einige Leute den Bullen nicht schnell genug von der Straße verschwanden, begannen sie noch kurz zu knüppeln.

Trotzdem unsere Kritik im Endeffekt bestätigt wurde und damit unsere Nichtteilnahme an der Demo berechtigt war, wurden wir als Großmäuler bezeichnet und uns wurde weiter vorgeworfen, daß wir trotz unserer geforderten Militanz nicht an der Demo teilgenommen haben. Klar ist doch, daß militantes Agieren aus der Demo heraus nicht möglich und gewünscht war. Bei dem Vorwurf des Verbalradikalismus sollten die Gös sich selbst an die Nase fassen, denn sie sind mit ihrem Konzept für die entstandene Handlungsunfähigkeit des SBs schuld und produzieren damit große Sprüche von Militanz und Gegenwehr, die dann überhaupt nicht mehr in die Tat umzusetzen sind. Ist das nicht Verbalradikalismus?
Wir müssen auch für uns feststellen, daß wir mit unserer Teilnahme an dieser Art von Demos das Konzept selbst mitgetragen haben. Doch spätestens nach diesen Ereignissen finden wir es wichtig, daß vernünftige und umfassende Diskussionen über die Zukunft dieser Demonstrationsform und des Konzeptes einsetzen. Dazu gehört bei uns eine sachliche Kritik und bei den Gös ein Umdenken, daß Kritikfähigkeit schafft. Bis dahin werden wir erstmal nicht mehr zu den Demos fahren, ob die mit oder ohne SB stattfinden!

mit solidarischen Grüßen, enttäuschte BerlinerInnen

5 Jahre Wiedervereinigung:

Das souveräne Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht

Im Jahr 5 der Wiedervereinigung präsentiert sich Deutschland so, wie seine RepräsentantInnen vor dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 kaum zu hoffen wagen durften. Mit dem 8.Mai 1995 ist Deutschland endgültig aus dem Schatten seiner nationalsozialistischen Vergangenheit herausgetreten und stellt sich als selbstbewußte Nation dar, von allen ehemaligen Siegermächten des 2. Weltkrieges anerkannt und befreit von den letzten Fesseln hinsichtlich seiner Souveränität. Deutschland avancierte damit zum eigentlichen Sieger der Geschichte. Heute kann, darf und soll Deutschland auf allen Feldern der Weltpolitik wieder mit dabei sein, auch auf den Schlachtfeldern. Und so ist es nur folgerichtig, daß am 1. September 1995, dem Jahrestag des Beginns des von Deutschland entfesselten 2. Weltkrieges, der erste deutsche Kriegseinsatz seit dessen Ende verkündet werden konnte. Daß es dabei zum dritten Mal in diesem Jahrhundert gegen „die Serben" geht, verdeutlicht um so mehr, daß jegliche Zurückhaltung im Hinblick auf die eigene Geschichte entbehrlich geworden ist.

Die Inszenierung der Feiern zum diesjährigen 8.Mai 1995, dem 50. Jahrestag der Niederlage Nazi-Deutschlands, war der Abschluß einer Phase des Geschichtsrevisionismus, die 1985 mit der Ehrung von Waffen-SSlern auf dem Bitburger Wehrmachtsfriedhof durch Kanzler Kohl und US-Präsident Reagan begann. Seitdem blieb nichts unversucht, die deutschen TäterInnen mit ihren Opfern gleichzusetzen und den Nationalsozialismus zu historisieren, ihn als quasi Ausrutscher der deutschen Geschichte zu präsentieren. Die Umgestaltung der Berliner "Neuen Wache" zu einer nationalen Gedenkstätte ist sinnfälligster Ausdruck dieser Entwicklung. War die "Neue Wache" zu DDR-Zeiten zentrales "Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Militarismus", so wurde sie 1993 umgestaltet zu einem Mahnmal für die "Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft". Die Singularität der Verbrechen des Nationalsozialismus wie inbesondere die Shoah, die Vernichtung des europäischen Judentums, sowie der Massenmord an den Roma und Cinti und der rassistische Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, wurde symbolisch eingeebnet zugunsten einer unterschiedslosen, beliebigen Aneinanderreihung von Opferkategorien, zu denen sich natürlich auch die Deutschen zählen dürfen.

Bundespräsident Herzog schaffte im Gedenkmarathon bis zum 8.Mai diesen Jahres das Kunststück, bei den Feiern anläßlich der fünfzigsten Jahrestage der Befreiung der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen den Opfern des NS zu gedenken und gleichzeitig das heutige Deutschland als geläuterte Nation zu präsentieren. Letztlich dienten die Opfer hierbei nur als Staffage. Eine Anerkennung, verbunden mit Entschädigungszahlungen, steht für die meisten Opfer des Nationalsozialismus bis heute aus. Deutschlands Großmachtrolle wird heute insbesondere auch damit legitimiert, daß man aus Auschwitz gelernt habe. Gerade Deutschland sei durch seine Vergangenheit prädestiniert, nunmehr für das Gute in der Welt einzutreten. Es zeichnet sich ab, daß Deutschland seine zukünftigen Verbrechen im Namen von Freiheit und Menschenrechten begehen wird. Hierzu gaben die Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands am 8. Mai 1995 in Berlin ihre Vorabzustimmung. Die ehemaligen Siegermächte haben die Nachkriegszeit für beendet erklärt. Deutschland ist eingeladen, bei der anstehenden Aufteilung von Interessenssphären seinen Teil der Beute zu sichern.

Standortzurichtung

Grundlage für den politischen Erfolg Deutschlands angesichts seiner neugesteckten Ambitionen ist die Bewältigung der dabei anstehenden ökonomischen Probleme. Mit dem Zusammenbruch des RGW erst hat sich das Kapitalverhältnis als dominierende Wirtschaftsform weltweit durchgesetzt. Die „Systemkonkurrenz" mit dem RGW hatte bis zu dessen Ende die Anarchie der Konkurrenz auf dem globalen Markt beschränkt.

Diese Entwicklung hat auch konkrete nationale Folgen. Von nun an treten sich die in Nationalstaaten zusammengefaßten "Nationalökonomien" verschärft als Konkurrenten gegenüber. Die "Standort"-Diskussionen werden zur zentralen Aufgabe von staatspolitischem Denken und Handeln. Es kommt darauf an, den "eigenen Standort" so zu modernisieren, daß er die besten Produktionsbedingungen für die immer flexibleren internationalen Kapitalbewegungen bietet. Dabei gilt die Anglerweisheit: "Der Wurm muß dem Fisch schmecken, nicht dem Angler".

Die BRD Ökonomie konnte in der Vergangenheit den Vorsprung in den Kapitalverwertungsbedingungen nutzen, der durch die Kapitalvernichtung im 2. Weltkrieg, verbunden mit der Wiederaufbauhilfe in der Nachkriegszeit, ermöglicht worden war (die meisten anderen kapitalistischen Staaten hatten erst in den 70er und 80er Jahren die „Modernisierung" ihrer Ökonomien durchsetzen können). Der Wegfall des RGW bedeutete, daß dieser Markt neu besetzt werden mußte. Die BRD-Ökonomie hat diese Aufgabe angenommen. Die staatlich, treuhänderisch durchgesetzte Vernichtung von Produktionskapazitäten in der ehemaligen DDR ist heute abgeschlossen, in den anderen früheren RGW-Staaten ist dieser Prozeß in unterschiedlichem Maße fortgeschritten. Die Staaten Osteuropas sind zu Billiglohnländern verkommen, einigen Gewinnern dieses "Modernisierungsprozesses" steht das Heer derjenigen gegenüber, die um die Gnade nachsuchen müssen, ausgebeutet werden zu dürfen. Das BRD-Kapital hat sich dabei die lohnenden Häppchen gesichert, wodurch ein Teil der strukturellen Probleme der deutschen Ökonomie zeitweilig kompensiert werden konnte.

Dies jedoch war dies nur die Voraussetzung für die Strukturveränderungen in der nunmehr vergrößerten BRD. Gegenwärtig gilt es, unter dem Schlagwort „Modernisierung" das Standortprogramm des Kapitals durchzusetzen. Dieses umfaßt: Arbeitsproduktivitätssteigerung, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitsverdichtung, die tendenzielle Aufhebung des Tariflohnsystems und damit verbunden der Ausbau von sogenannten prekären Arbeitsverhältnissen (unterstes Lohnniveau ohne soziale Absicherung). Immer dreister werden dabei die Forderungen der ökonomischen und politischen Eliten nach Abbau von Lohnnebenkosten und Sozialleistungen. Kaum ein Tag vergeht ohne neuen Kürzungsvorschlag, verbunden mit dem Klagelied des „Mißbrauchs" von Sozialleistungen. Ob Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen oder einfach kranke LohnarbeiterInnen, die gesamte Gesellschaft wird nun unverblümt und in aller Brutalität nach den Kriterien der Kapitalverwertbarkeit sortiert.

Diese Entwicklung ist kapitalimmanent und stellt insofern nichts neues dar. Jedoch konnte sich das bundesdeutsche Erfolgsmodell in der Vergangenheit den "Luxus" eines Sozialstaates leisten, ohne die Profitrate entscheidend zu gefährden, dafür aber soziale Stabilität zu garantieren. Das System der sogenannten Sozialpartnerschaft, das auf dem Anschein eines Ausgleichs der unterschiedlichen Interessen beruhte, wird zunehmend zur Disposition gestellt, da Interessenspolitik generell als standortschädlich bewertet wird. Soziale Rücksichten brauchen zusehends weniger genommen werden.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich in dieser Umbruchphase selbst entmachtet. Sie stellen sich der "Standortdebatte" nicht entgegen, sondern wollen diese noch ein wenig mitgestalten, womit sie sich die eigene Existenzgrundlage aber entziehen. Die Logik der „Standortdebatte" anzunehmen heißt, für den Erfolg der deutschen Bourgeoisie einstehen zu wollen. Dieser wird international um so größer sein, je weniger er durch tarifliche Forderungen und Arbeitskämpfe gestört wird. Damit entfällt aber die klassische Rolle der Gewerkschaften als Interessenverbände der LohnarbeiterInnen.

Sofern die LohnarbeiterInnen der „Standortlogik" verhaftet bleiben, werden sie in ihrem Kampf gegen kapitalimmanente Phänomene wie Arbeitslosigkeit zwangsläufig zu NationalistInnen, die als oberstes Ziel den wirtschaftlichen Erfolg "ihrer Nation" erstreben. Sie kämpfen dann nur noch darum, weiter ausgebeutet zu werden, also Produktionstätten in Deutschland zu belassen und nicht z.B. in die Tschechische Republik zu verlagern. Hierzu aber müßten auch die Arbeitsbedingungen in Deutschland denen in der Tschechischen Republik angeglichen werden, was ja tendenziell die Forderung des Kapitals ist und womit der Kreis sich schließt.

Der Ausweg kann letztlich nur in der Bekämpfung des kapitalistischen Systems als solchem und damit der Aufhebung der Lohnarbeit liegen.

"Wir sind ein Volk" und rassistische Konsensbildung

Können die InsassInnen des neuen Deutschlands zumindest darauf hoffen, vom noch zu verteilenden Kuchen das eine oder andere Stück abzubekommen, so dürfen sich die ZuwandererInnen allenfalls mit ein paar Krumen begnügen. Schafft es denn ein Flüchtling, die Oder lebend zu durchqueren und den Häschern des BGS zu entgehen, so warten auf ihn Lageraufenthalt, Aufenhaltsbeschränkung, auf das Überlebensnotwendigste reduzierte ärztliche Versorgung, gekürzte Sozialhilfe in Form von Lebensmittelgutscheinen, schließlich ein kaum noch den Anschein der Rechtsstaatlichkeit wahrendes Asylschnellverfahren. Am Ende der Repressionskette stehen für viele Abschiebehaft in speziellen Knästen und Abschiebung.

Dieses Ergebnis des sogenannten "Asylkompromisses" war möglich durch eine beispiellose Medienhetzkampagne gegen das Asylrecht, getragen von der weit überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung und durchgesetzt von der großen Koalition aus SPDCDUFDP. Das fatale Bündnis aus Mob und Elite während des deutschen Herbstes 1992, das seinen traurigen Höhepunkt im Pogrom von Rostock-Lichtenhagen fand, machte deutlich, was in diesem Land wieder möglich war und ist. Und als das "bessere Deutschland" zu Lichterketten gegen den Haß aufrief, weil der "Standort Deutschland" nach den Anschlägen auf ArbeitsimmigrantInnen in Mölln in Gefahr zu geraten drohte, war die quasi Abschaf-

fung des Asylrechts schon beschlossene Sache. So erfüllten auch die Wohlmeinenden unter den Kerzenhaltern den Zweck, den nationalen rassistischen Konsens auf ein exportverträgliches Niveau zu bringen.

Die Zahl der rassistisch motivierten Anschläge in Deutschland lag noch 1994 um 400 % über denen vor der Wiedervereinigung. Etliche Menschen starben infolge rassistischer Gewalttaten. Mißhandlungen bis hin zu Folterungen auf bundesdeutschen Polizeiwachen sind für viele MigrantInnen heute Alltagsrealität. Alleine im Jahr 1994 gab es mit mehr als 53000 Abschiebungen dreimal soviele wie 1992. Für wieviele der Deportierten dabei am Ende Folter oder Tod standen, ist nicht bekannt. Steht das Restasyl"recht" derzeit nicht zur Disposition, so wird mit Kampagnen gegen "ausländische Drogendealer", "vietnamesische Zigarettenschmuggler" und "Ausländerkriminalität" schlechthin das rassistische Klima in Deutschland aufrechterhalten und neuen Massendeportationen agitatorisch Vorschub geleistet.

Die deutsche Einheit hat für diesen Entwicklungsschub des Rassismus die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen. Die auf einem völkischen Nationenverständnis basierende Ideologie, die in der Losung des "Wir sind ein Volk" zum Ausdruck kam, konnte sich offen Bahn brechen. Die Wahnidee einer Abstammungsgemeinschaft, die vermittelt durch Blut, Gene oder Kultur die Angehörigen der deutschen Nation miteinander verbinden soll, stand wieder auf der politschen Tagesordnung.
Und so war es nur folgerichtig, daß auch der offene Antisemitismus im neuen Deutschland wieder auflebte. Galten doch die Juden und Jüdinnen den völkisch Denkenden schon immer als Bedrohung der deutschen Nation. In der zweiten antisemitischen Gewaltwelle nach der Wiedervereinigung wurden 1992 mehr Schändungen jüdischer Gräber gezählt als in der Zeit zwischen 1926 und 1931, 1994 registrierte selbst das BKA 701 antisemitische Straftaten. Die Brandanschläge auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen und die Lübecker Synagoge sind nur der offenkundigste Ausdruck für dieses Klima.

Jugoslawien: Testfall ordnungspolitischer Vorstellungen Deutschlands

Außenpolitisch vertraut Deutschland vor allem auf die Finanz- und Währungspolitik als Mittel zur Durchsetzung auf dem Weltmarkt, zunehmend abgesichert durch die Fähigkeit zum militärischen Eingreifen. Schon die alte BRD hatte auf dem Sektor der Finanz- und Währungs- politik kontinuierlich ihre Position ausgebaut. Heute genügt ein Satz des deutschenFinanzministers, um selbst in der EG ganze Nationalökonomien zu gefährden. Was für die westeuropäischen Verbündeten gilt, trifft für die abhängigen osteuropäischen Staaten um so mehr zu.

Erst mit dem Erreichen des erklärten Zieles, die Staatlichkeit der DDR aufzuheben, gelangte die BRD zu einer formalen Souveränität, mit den 2+4 Verträgen von 1990 wurde das bis dahin gültige Besatzungsstatut aufgehoben. Deutschland ist seitdem verstärkt dazu angetreten, seine eigenen Interessen zu definieren und durchzusetzen. „Befreit" von der Nachkriegsordnung kann in Deutschland auch wieder geopolitisch (d.h. außenpolitische Optionen aus einer bestimmten geographischen Lage ableitend) gedacht werden. „Geopolitik" heißt ein Schlagwort, unter dem Deutschland sich zur Ordnungsmacht in Ost- und Südosteuropa aufzuschwingen beabsichtigt, und dies dabei ideologisch als seine quasi „naturgemäße" Aufgabe betrachtet. So ist Deutschland bestrebt, sich einen Cordon von de facto Protektoraten zu schaffen, denen aufgrund ihrer ökonomischen Unterlegenheit nichts anderes übrig bleibt, als sich selber für diese Rolle anzubieten. Und so buhlen Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei, Kroatien, Slowenien und die baltischen Staaten, sich gegenseitig ausstechend, um die Gunst Deutschlands, ohne dessen Zustimmung ein Beitritt zur EG nicht denkbar ist.

Damit nicht genug, setzt Deutschland zur Absicherung seiner Interessen zusätzlich auf die Frage der „deutschen Minderheiten" in Osteuropa, um sich hier ein Drohpotential in Reserve zu halten, daß zukünftig sogar weitere Grenzrevisionen und Annexionen ermöglichen könnte. Markantestes Beispiel ist die immer größer werdende Dreistigkeit, mit der die „Sudentenfrage" gegen die Tschechische Republik wieder in Stellung gebracht wird, deren Ökonomie ohnehin schon zum überwiegenden Teil an Deutschland gebunden ist. Die Durchsetzung der Forderung nach Entschädigung für die rechtmäßig enteigneten Besitzungen der nach dem 2. Weltkrieg aus der Tschechoslowakei ausgewiesenen „Volksdeutschen" könnte die tschechische Wirtschaft in den Ruin treiben. Besonders perfide ist hierbei die Verknüpfung der Entschädigung für tschechische NS-Opfer mit der „Sudentenfrage". Mit seiner „Volkstumspolitik" hat sich Deutschland eine spezifische Variante imperialistischer Herrschaftsausübung geschaffen.

Die Osteuropabestrebungen erklären die Großmacht Rußland zum Gegenpol der deutschen Interessenspolitik. Als „Dank" dafür, daß Gorbatschow mit der Initiative „Gemeinsames Haus Europa" die revisionistischen Bestrebungen Deutschlands erst wieder ermöglichte, erklärt Kanzler Kohl, daß Rußland nicht zu Europa gehören könne, da es einen zu großen asiatischen Anteil habe. Immer offener wird die Polemik gegen Rußland geführt, das die gerade von Deutschland befürwortete und vorangetriebene NATO-Osterweiterung zurecht als Bedrohung ansieht. Im Jugoslawienkonflikt tritt zutage, daß russische Sicherheitsinteressen zunehmend ignoriert werden.

Wie eine souveräne Außenpolitik aussehen kann, zeigt der Testfall Jugoslawien. Hier durfte sich Deutschland erstmals ordnungspolitisch beweisen. Mit Durchsetzung der völkerrechtlichen Anerkennung der sezessionistischen Teilrepubliken Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina entfachte Deutschland den schwelenden Konflikt zwischen den nationalistischen Banden zum offenen Krieg, in den es seine Verbündeten mit hineinzog. Unter dem Schlagwort vom „Völkergefängnis Jugoslawien" (FAZ) konnte die Zerschlagung des jugoslawischen Nationalstaates ideologisch befördert werden. Die massive Aufrüstung Kroatiens, vor allem aus Beständen der ehemaligen NVA, die Entsendung militärischer Berater und die schon vor 1989 begonnene Kooperation der Geheimdienste trug ihren Teil dazu bei, die „Blitzkriegsiege" der kroatischen Armee zu ermöglichen.

Die selbst-gleichgeschalteten Medien in Deutschland schafften es in einem Propagandakrieg ohnegleichen, allein die Serben als die „Vergewaltiger", „Völkermörder" oder „Faschisten" anzuprangern. Muslime kommen hingegen nur als Opfer vor, die Kroaten dürfen schon einmal einige Hunderttausend Serben vertreiben, wenn sie auf andere Weise ihre „legitimen territorialen Interessen" nicht durchzusetzen vermögen. Deutschland steht also diesmal auf der Seite der „Guten", denen man eben auch militärisch zu Hilfe kommen muß. Und so diente das Bild der „Rampe von Srebrenica" (Freimut Duve in der Zeit) denn auch dazu, Militäreinsätze zu legitimieren und Deutschland direkte Kriegspartei werden zu lassen. Die geschichtsrevisionistische Analogie zu den Vernichtungspraktiken der Nazis soll hierbei helfen, auch den noch zögerlichen Teil des humanistischen Spektrums in den nationalen Konsens einzuschließen.

Wenn auch die machtpolitischen Konstellationen an die Zeit vor dem 1. Weltkrieg erinnern, so haben wir es dennoch mit einer historisch neuen Situation zu tun. Die deutschen Eliten haben gelernt, daß sie insbesondere ihre Osteuropaexpansion auf absehbare Zeit nur mit westlicher Rückendeckung und im Rahmen der EG durchsetzen kann. Dies tut Deutschland in Form einer Doppelstrategie, die eine bestmögliche Unabhängigkeit gewährleistet. Diese Doppelstrategie besteht darin, einerseits die WEU und damit die Europäisierung der militärischen, vor allem aber nuklearen Potenz Frankreichs und Großbritanniens zu instrumentalisieren. Anderseits setzt man auf die „special leadership in partnership" Angebote der USA. Allerdings gilt diese politische Option nur solange, wie die Verbündeten das Spiel mitspielen. Sollten sie die deutsche Hegemonie in Frage zu stellen beginnen „könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen" (Schäuble/Lamers-Papier der CDU von 1994). Die Drohung war und ist unüberhörbar.

Gegen den nationalen Konsens

Die Transformation der Bonner zur Berliner Republik hat ihr vorläufiges Ende gefunden. Deutschland ist zur souveränen, imperialistischen Großmacht geworden. Aktuell steht an, aus der Bundeswehr eine Armee zu formen, die in Zukunft nicht mehr nur als Sanitätskofferträgertruppe und Begleitfliegereinheit auftritt, sondern die den deutschen Interessen den nötigen militärischen Nachdruck zu verleihen imstande ist. Fehlt für den Weltmachtanwärter Deutschland nur noch die Verfügungsgewalt über Atomwaffen, die lediglich eine Frage politischer Opportunität ist. Im Hanauer Atombunker lagert bereits heute ausreichend atomwaffenfähiges Plutonium für eigene Nuklearsprengköpfe, Technologie und entsprechendes Know-How sind ebenfalls vorhanden. Mit dem jüngstem Angebot Chiracs zur deutschen Beteiligung am Atomschild Frankreichs ist Deutschland seinem Ziel wieder ein Stück näher gekommen.

Die Bilanz des wiedervereinigten Deutschlands, sein erster Kriegseinsatz, die remilitarisierte Außenpolitik und die nationale Formierung im Inneren sind kaum Anlaß für Opposition, geschweige denn für aktives Eingreifen gegen diese Entwicklung. Die Reibungslosigkeit, mit der die Entwicklung der letzten 5 Jahre möglich war, verweist auf einen breiten nationalen Konsens bei der Durchsetzung deutsch definierter Interessen.

Es gilt mit jeglichem positiven Bezug auf nationale Interessen zu brechen. Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse wird erst dann möglich sein, wenn der nationale Konsens aufgekündigt worden ist.

NIE WIEDER DEUTSCHLAND!

Antinationales Plenum Hamburg

V.i.S.d.P.: F.Rijkaard, c/o Kontaktadresse: Antinationales Plenum Hamburg, Postfach 306 237, 20328 Hamburg
Erscheinungsdatum: 3.10.95

TERMINE TERMINE TERMINE

13.10. 15 und 17 Uhr Demo zu Kohl macht keinen Stich
19 Uhr Ernst Busch-Abend, Größenwahn
19.30 Uhr Veranstaltung zu Abschiebung in der BRD, Ex
20.36 Uhr Demo gegen alles, Heini
14.10. 22 Uhr night of solidarity, Ex
15.10. 18 Uhr Veranstaltung zu linken sozialen Bewegungen in Lateinamerika, Größenwahn
14 Uhr Demo gegen staatl. Repression u. Kriminalisierung Frankfurt/Oder
16.10. 9 Uhr Prozeß gegen Jupiter, Landgericht Tiergarten
17.10. 16.30 Uhr Soli-Demo zu politischen Gefangenen, Wittenbergplatz
2o Uhr Video: Von der Revolte zur Revolution, El Locco
19.10. 18 Uhr Video: Aufbrüche, Veranstaltungsreihe zu Gewalt gegen Mädchen u. junge Frauen
20 Uhr Video: Lotte, ein Mädchenprojekt, Veranstaltungsreihe zu Gewalt gegen Mädchen u. Frauen, Baff
21.10. 20.30 Uhr Lesung mit Nani Balestrini: Die Wütenden, Ex
26.10. 19 Uhr Infoveranstaltung von Wildwasser e.V.

Veranstaltungshinweis: 21.10. 95 20 Uhr 30 Samstag

im EX, Gneisenaustraße 2a

Lesung mit Nani Balestrini, **DIE WÜTENDEN**, Einleitung: Michael Wildenhain
"I FURIOSI" handelt von den rotschwarzen Brigaden, den Fußballfans des AC Milan.
Es erzählt die gewalttätigen Geschichten der Mailänder Vorstadtjugendlichen aus deren Sicht: eine präzise und unmoralische Beschreibung.

veranstaltet von: Edition ID - Archiv und Schwarze Risse, Buchladen

Von der Revolte zur Revolution
oder: Warum die Revolution erst morgen stattfindet

Bilder, die auch heute noch ihre Wirkung entfalten und Mut machen

Videofilm auf Großleinwand

Im Jahre 1995 erwägt die Gesamtberliner Bevölkerung ernsthaft eine Straße oder Platz nach Axel C. Springer zu benennen.
Doch blenden wir zurück auf 68/69, wo ein Widerstandskampf auch unter dem Motto "Enteignet Springer" statt fand.
Belagerung des Springer Hauses ...burg, reden auf Taech-Ins, ...rviews mit Studenten, PassantInnen dem "Bürger" auf der Straße, Scenen, die ein eindrucksvolles Stimmungsbild dieser Zeit zeigen und Argumente des politischen Kampfes gegen den ...itären und brutalen ...apparat gegen Springer und die Notstandsgesetze liefern.
Daneben Bilder der DGB-Feier am 1.Mai 1968 mit Herbert Wehner und Interviews mit Arbeiters, in denen deutlich wird, daß die "Partner des Klassenkampfes" wohl noch nicht alle an einem Strang ziehen. In den Bildern von Aktionen der Demo gegen die Nozstandsgesetze am 11. Mai 1968 kommt das starke Lebensgefühl und der Spaß an Aktionen zum Ausdruck.

Dienstag, 17.10. um 20.00
Veranstaltungsort: El Locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen.

Wege des Ausbruchs

Ausstellung

Neue Schönhauser Straße 20
10178 Berlin Mitte
S-Bhf. Alexanderplatz
U-Bhf. Weinmeisterstraße
Tram 50,52,53

Vom 26. September bis 7. November 1995
Täglich außer Donnerstag 10 bis 17 Uhr
Samstag nur für Frauen

Do, 19. 10. 95, 18.00 Uhr
Aufbrüche - Videofilm
Deutschland, 79 Min.
Ein 17jähriges Mädchen erträgt den Zwiespalt zwischen türkischer Familientradition und dem deutschen Lebensstil nicht länger und flieht in ein Heim. Dort ist sie den Vorurteilen ihrer deutschen Mitbewohnerinnen ausgesetzt. Der Vater versucht sie per Gerichtsbeschluß zurückzuholen. Der Amtsvormund legt Berufung ein. Der Vater entführt das Mädchen, um seine Ehre als Mann zu retten.
Im Anschluß besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Do, 19. 10. 95, 20.00 Uhr
Lotte - Ein Mädchenprojekt stellt sich vor
Mitarbeiterinnen des Projektes berichten über ihre 3jährigen Erfahrungen in der Arbeit für und mit Mädchen, in den Bereichen Freizeit- und Bildungsarbeit, sowie betreutes Wohnen.

Do, 26. 10. 95, 19.00 Uhr
Eine Informationsveranstaltung von Wildwasser e.V.
Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft und der Mädchenberatungsstelle, unter Berücksichtigung der besonderen Hintergründe des „Ostteils" der Stadt.
Referentin: Ursula Weynot

Alle Veranstaltungen finden in den Räumen von BAFF e.V. statt:
Strelitzerstr. 60, 10115 Berlin-Mitte, U-Bhf. Bernauerstraße

FRIEDRICHSHAINER GESCHICHTE(n)

Außerdem: Sonntag, 15.10., 18 Uhr
Die „convergencia popular" - Linke soziale Bewegungen in Lateinamerika mit *Maria Rojas* (Chile), *Felipe Gil Chamizo* (Cuba) und *José Gonzales Picado* (Nicaragua)

Freitag, 13.10., 19 Uhr
„Ernst-Busch-Abend":
Film: „Busch singt" von Konrad Wolf, Teil 4: „In Spanien"; Lieder; Gespräch mit *Charlotte Wasser*, langjähriger Mitarbeiterin von Busch

Größenwahn -Veranstaltungsetage- Kinzigstr. 9 HH / U.S. Bhf. Samariterstr.

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Demonstration gegen staatliche Repression und Kriminalisierung.
Für ein menschliches Polizeiaufgabengesetz!
15.10.1995 in Frankfurt/Oder, 14.00 Uhr
Treffpunkt: Parkplatz Lidl-Kaufmark, Birkenallee
(Straßenbahnlinie 1 ab Bhf Ffo bis zur Haltestelle Wintergarten)

Kommt zahlreich!

V.i.S.d.P. ... 95, 10463 Weißwurschthausen

Demonstration

Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen!
am 17. Oktober 1995 um 16.30 Uhr ab Wittenbergplatz

Abschlußkundgebung am Breitscheidplatz

★

nigHt OF SOLidaRity

rechtshilfe für vietnamesInnen
music by berlin black liberation sound system
samstag 14.10. 22 uhr ex-mehringhof
gneisenaustraße 2a 10961 ber...
organisiert von ...

DIE 13. VON AK KRAAK

VIDEOMAGAZIN
DIESMAL ÜBER
NICHTGESPRENGTE KNAST
AUTONOMEN TEKKNO,
MURREN IM WAGEN
CHAOS IN HANNOVER,
UND UND UND

Freiheit der 13.

20.10. VIDEOKINO ANSCHLAG 21.00 UHR (KREUTZIGER STR.)
20.10. EL LOCCO 21.00 UHR (KREUZBERGSTR.)
23.10. SCHREINERSTR. 47 21.00 UHR
26.10. SO 36 23.00 UHR
27.10. BESETZERCAFÉ MARCHSTR. 20.00 UHR
29.10. CAFÉ ANAL 20.00 UHR (MUSKAUER STR.)
13.10. BUCHHANDLUNG 21.00 UHR (TUCHOLSKYSTR. 32)
15.10. FILMRISS 21.00 UHR (RIGAER STR.
15.10. EX 21.00 UHR (GNEISENAUSTR. 2A)
18.10. NACHBARSCHAFTSLADEN 19.30 UH (WILLIBALD-ALEXIS-STR. 43)
19.10. KÖPI 21.00 UHR (KÖPENICKER STR

Schafft Öffentlichkeit! Freispruch !!! Was sonst !!!
Kommt zum Prozeß am 16.10.1995
am Landgericht Tiergarten Turmstr 91, U-Bhf. Turmstr., um 9 Uhr, Raum 0-157

Kontaktaddresse für Nachfragen:

M99 - Kopierladen, im Exil
Manteuffelstr 96
-10997 Berlin
Tel 6127491, Fax 6115021

Stichwort: Jupiter

Qwahlen

Landtagsqwahlen stehen in Bärlino vor der Tür und wir stehen vor der Entscheidung, ob wir nicht hingehen oder `ins Jrüne fahrn`. Politik wird im Parlament ohnehin nicht gemacht, nur verkauft. Aber da (noch) Sonntags Ladenschluß ist, werden wir sie an diesem Tag auch nicht konsumieren. Darüber hinaus ist bekanntlich die politische Figur des Autonomen noch nie zu irgend einer Qwahl gegangen. Das ist gut und bleibt richtig so, und die Ausnahmen von dieser Regel sind erstens lediglich "privat" und bestätigen zweitens immer nur diese Regel.

Natürlich ist der Merksatz richtig, daß Qwahlen nix ändern, denn sonst wären sie ja verboten. Eine Mehrheit von 51 % im Parlament wird niemals per Abstimmungssieg den Sozialismus herbei stimmen. Die Institutionen des bürgerlichen Staates lassen sich niemals entgegen ihren in die Formen gegossenen Sinn benutzen. Sozialrevolutionäre Inhalte können sich niemals damit vertragen. Und doch ist unser kleiner Merksatz eben in einem schlechten Sinne abstrakt, und genau dadurch unpolitisch. Schließlich erinnern uns Qwahlen, die einmal als verstümmelte Folge der französischen Revolution hervorgegangen sind, an den epochalen Eintritt der Massen in die Politik. Und an diesen Gedanken wollen wir auch in einer Zeit, in der beschleunigt von ganz Oben zielgerichtet und präzise an neuen Formen des Ausschlusses der Massen aus der Politik gearbeitet wird, unbedingt festhalten. Natürlich ändern Qwahlen nichts, sie sind aber weltweit betrachtet, doch ein Privileg, auf das wir, wenn wir es für richtig befinden, grinsend verzichten können. Und das ganz im Unterschied zu Millionen von hier lebenden Leuten, die sich diese Frage als sogenannte "Ausländer" noch nicht einmal stellen können. Tatsächlich, wir leben schon über 2000 Jahre von der demokratischen Sklavenhaltergesellschaft des alten Athens entfernt.

Da sich die bürgerliche Macht gerade als öffentliche Herrschaft repräsentiert, ist es nicht unerheblich in welchen aktuellen Formen sich uns die Gestalt der pluralen Fassung der bürgerlichen Einheitspartei "zur Qwahl" stellt.

In dem Schwarz-Rot-Grün-Blauen Verfassungsbogen des etablierten Parteiensystems, scheint der jahrelang völlig unterschätzte reaktionäre Kleinbürgerdemokrat Khohl fester denn je im Sattel zu sitzen. Derweil zerfällt die traditionelle Sozialstaatspartei SPD mit dem allmählichen Verschwinden der sozial-demokratischen Gesellschaftsformation. Sie nimmt damit nur das vorweg, was die CDU in der Zeit nach Khohl noch vor sich haben wird. Das mögliche Verschwinden der Spekulantenpartei FDP wird ganz sicher durch die zwischenzeitlich weiter neoliberal werdenden Grünen kompensiert werden. Zumindestens haben die Funktionsträger der Gartenzwergpartei, auch als Ausdruck einer systemischen Intelligenz erkannt, daß für ein Fortexistieren des Kapitalismus eine Umwälzung der Technostruktur des heutigen "uneffizienten" Energie- und Verkehrssystems notwendig ist. Furios allein, wie sich der immer dicker werdende Fischer in atemberaubender Geschwindigkeit an den derzeit noch dickeren Kohl ranwanzt. Ob er irgendwann nicht doch endlich `platzt?

Noch unklar ist, ob die PDS in den West-BRD-Verfassungsbogen aufgenommen werden wird, worum sie subjektiv nach Kräften bemüht ist. Aber in dem sich, nach dem Verschwinden der DDR, von einer Konsens- zu einer Abschiebemaschine wandelnden Parteiensystem der Berliner Republik, können "eben nicht mehr alle Platz" haben. Allein, die Beantwortung dieser Frage ist innerhalb der pluralen Fassung der Einheitspartei offen. Und so kann es kommen, daß ein Chefdenker der Deutschen Bank und der Rechtsextremist Lummer zu dem Schluß gelangen, daß da die PDS zunächst einmal zumindestens im Osten auf absehbare Zeit nicht verschwinden wird, man ihre unvermeidliche Existenz noch in der nächsten Zeit systemfunktional gebrauchen muß.

Das herrschende Parteiensystem wird aktuell weder durch eine mit Aussicht auf Erfolg operierende rechtsradikale Formation noch durch emanzipatorische soziale Bewegungen von unten unter Druck gesetzt. Die Nazis scheinen ihre Funktion als Stichwortgeber für das Wegputschen des Asylrechtes ausgespielt zu haben. Hinzu kommt, daß der antiinstitutionel operierende Naziflügel in der jüngsten Zeit massiv über die staatliche Repression vorläufig marginalisiert worden ist. Der Nazidreck hat zumindestens als politische Form seit `45 ausgespielt, sprich: historisch verloren. Solange das nach `45 eingerammte demokratische Parteigefüge noch nicht in etwas anderes transformiert worden ist, kann das Faschistenzeugs nicht gegen die Demokratie, sondern nur darin existieren. In diesem Sinne ist nicht nur die faschistische Visage des demokratischen Bundesinnverbrechers Ganters die mustergültige Verkörperung der teilweisen Übernahme von Nazi-Politik in die parlamentarisch-bürgerlichen Formen.

Kein Mißverständnis: Das derzeit noch bestehende Parteiengefüge in der BRD wird in absehbarer Zukunft von einem bislang noch frei vagabundierenden Rechtspopulismus aufgemischt werden. Ein Blick nach Italien und Österreich mag genügen, um zu wissen, was das heißt Dem Rechtspopulismus fehlt aber in der BRD bislang noch das intellektuelle Format vom Schlage eines Fini oder Haider, die sich zugleich als attraktiv-moderne Medienpuppen zu bewegen wissen.

Von den sozialen Bewegungen wissen wir mittlerweile, daß sie eher gehen als kommen. Und das ist aktuell in einer Gesellschaft schmerzlich zu erleiden,, die durch (Zwangs-) Migration und forcierten Sozialraub mehr denn je "bewegt" wird. Aber in dieser Form von "Bewegung" verschwinden zugleich auch die Hoffnungen auf etwas besseres, dessen permanente Enttäuschung allein nur der Spingquell für das Entstehen kollektiv-emanzipatorischer Lernprozesse sein könnte. An einen Wahlkampf gegen die Wahl ist derzeit von diesem gesellschaftspolitischen Ort nicht zu denken, von einer negativen Präsenz in den Institutionen ganz zu schweigen. Letzter Merksatz: Gegen die herrschenden Verhältnisse (nicht nur) in der Enthauptungsstadt Berlin kann eine "Politik ohne Perspektive" die bissige Auseinandersetzung um eine "politische Perspektive" nichtersetzen.
Und darin kann man den Widerstand nicht "wählen", nur praktizieren.

Timur und sein Trupp

Es gibt viele Arten zu töten,
eine davon ist der

Abschiebeknast

Gefängnis für die Menschen, die in der BRD keine Lebensberechtigung bekommen

Innenministerkonferenz
in Berlin 18.-19. Mai
BLEIBERECHT
STATT
ABSCHIEBUNG

Veranstaltung

am Fr. 13. Okt. 1995 um 19.30 Uhr
im EX, Mehringhof,
Gneisenaustr. 2a

- Abschiebepraxis seit Änderung der Asylgesetzgebung
- Situation im Abschiebeknast Kruppstr.
- Grünau: Infos zum neuen Abschiebeknast
  Stand des Verfahrens gegen das K.O.M.I.T.E.E.
- Abschiebeknäste und Widerstand in der BRD (Kassel, Bühren u. a.)